

DEUTSCHE **POLIZEI**

FEBRUAR 2015 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



***Reformen
beim Verfassungsschutz
Mitarbeiter einbeziehen!***

RETRO-Tasche



HALFAR

Holt die Vespa raus,
legt den James-Dean-Film ein:
Hier kommt der Retro-Klassiker!

Die Tasche aus der Halfar-Retro-Kollektion ist mehr als ein Reisegepäck: Hochwertig verarbeitet, aus geschmeidigem PU-Kunstleder, mit stilvollem Lochmuster oben, im unverwechselbaren Design der 70er. Einfach rundherum lässig und cool.

- Geräumiges Reißverschluss-Hauptfach mit festem Einlegeboden
- Reißverschluss-Innentasche
- Reißverschluss-Vortasche
- Klassische Träger mit Metallschnalle
- Abnehmbarer, längenverstellbarer Schultergurt
- PVC-frei
- ca. 50 x 34 x 22 cm



Schwarz	257002
Anthrazit	257102
Rot	257302
Marine	257402

 **16,95 €** **21,20 €**

Letzter Bestelltermin: 28.02.2015

Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung.



**ORGANISATION- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -4165
osg.werbemittel@gdp.de • www.osg-werbemittel.de

Weitere Produkte finden Sie unter: www.osg-werbemittel.de oder fordern Sie unseren kostenlosen OSG-Werbemittelkatalog an.

TERRORISMUS



Foto: Holecsek

17 ermordete Menschen, darunter drei Polizisten: Mit Trauer und Bestürzung hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf die Terroranschläge Anfang Januar in Paris reagiert. Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow: „Unser Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen der Opfer dieser erschütternden Taten. Den Verletzten wünsche ich im Namen meiner Organisation eine baldige und vollständige Genesung.“

Seite 11

TARIF



Foto: Holecsek

Mit einer Forderung von 5,5 Prozent, aber mindestens 175 Euro, sowie einer verbindlichen Verlängerung der Übernahmeregung für die Auszubildenden gehen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in die Tarifverhandlungen für die Landesbeschäftigten. Ein konstruktiver Verlauf wird erwartet.

Seite 16

AUSSTATTUNG



Foto: Zielasko

Einige Bundesländer haben das aus den USA bekannte Yelp-Signal eingeführt und Streifenwagen mit dem Anhaltesignal und einem roten Flasher ausgestattet. „Neue“ Technologien halten dadurch Einzug in die Polizei. Woran muss in Zukunft gedacht werden?

Seite 24

INHALT

Februar 2015

- 2 **KOMMENTAR** Die Politik kann sich nicht mehr zurücklehnen
- 3/32 **FORUM**
- 4 **TITEL/VERFASSUNGSSCHUTZ**
Reformen beim Verfassungsschutz –
Mitarbeiter einbeziehen!
- 9 **STANDPUNKT** Ein Jahr NSU-Prozess
- 11 **TERRORISMUS** GdP: Lehren aus Terrorakten von Paris ziehen
- 15 **EXTREMISMUS** Massiver Angriff Linksautonomer
auf Leipziger Polizeiwache
- 16 **TARIF** Gewerkschaften fordern 5,5 Prozent –
Tarifverhandlungen mit den Ländern beginnen
- 18 **FORSCHUNG** Polizeibeamte als Opfer von Gewalt –
Ergebnisse einer niedersächsischen Befragung
- 22 **EHRUNG** Hesse Norbert Weinbach erhält
das Bundesverdienstkreuz am Bande
- 22 **JUBILÄUM** Rosamunde Pietsch wird 100!
- 24 **AUSSTATTUNG** Yelp-Signal im Einsatz –
Fahrzeugtechnik und ihre Bedeutung
- 29 **GESCHICHTE** „Jeder war sich der Einmaligkeit
der Situation bewusst“
- 30 **IT-SICHERHEITSGESETZ** Polizeilichen Schutz
der digitalen Sicherheit stärken
- 35 **POLIZEIGESCHICHTE** Anmerkungen zum Artikel
„Zu zeigen, was eigentlich gewesen ist“
- 38 **SENIORENJOURNAL**
- 40 **IMPRESSUM**



Die Politik kann sich nicht mehr zurücklehnen

Das renommierte Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) hat sich nach 2001 bis 2003 und 2010/2011 erneut dem wichtigen Thema „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamten“ gewidmet. In dieser Studie erhielten 4.814 Sachbearbeiterinnen



Foto: GdP/Immel

und Sachbearbeiter im Einsatz- und Streifendienst (ESD) der Polizei Niedersachsen einen Fragebogen. Die Rücklaufquote betrug 40,4 Prozent, ein beachtlicher Wert. Es ging um die Frage, welchen Einfluss personen-, arbeits- und situationsbezogene Merkmale auf das Risiko haben, Opfer von Gewalt zu werden. Die im November veröffentlichten Ergebnisse haben für alle vergleichbaren Dienste der Polizeien der Länder und des Bundes eine hohe Aussagekraft. Es ist für die Polizei überaus wichtig, die Merkmale zu kennen, die dazu führen können, dass Angriffe häufiger oder seltener erfolgen.

Neben einer ausreichenden Anzahl von Einsatzkräften, erst recht im Streifendienst, fordert die GdP seit Jahren verstärkte Aus- und Fortbildung in Bezug auf zu trainierende Verhaltensstrategien und Eingriffstechniken, die Vorbereitung auf Einsatzsituationen und dessen Nachbetrachtung. Dringend erforderlich ist zudem die Reduzierung von Arbeitsanforderungen und Belastungsfaktoren ebenso wie die Organisation ausreichender Regenerationszeiten. Für diesen schweren Dienst müssen Vorgesetzte und die Polizei als Gesamtorganisation verstärkt Verantwortung übernehmen. Nicht immer werden unsere Warnungen ernst genommen, unsere Forderungen aufgenommen und noch weniger umgesetzt. Und das obwohl wir die Rückmeldungen der eingesetzten Kräfte direkt weitergeben – es läuft ja irgendwie immer! Aber mit welchem Effekt? Diese Sichtweise geht auf die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen. Ergebnisse sind hohe Krankenquoten und Ausfälle bis zu vorzeitiger Pensionierung aufgrund von Dienstunfähigkeit.

Die KFN-Studie bestätigt unsere Positionen nachdrücklich. Nunmehr kann sich die Politik nicht mehr zurücklehnen und sagen, dass die GdP per se ja immer nur klagt und fordert. Die Studie gehört auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Abteilungsleiter Polizei, sie muss ebenso Bestandteil der nächsten Innenministerkonferenz sein und erfordert umgehendes Handeln. Klar ist aber auch, dass es immer wieder Gewaltübergriffe geben wird, die aufgrund innerpolizeilicher Maßnahmen nicht verändert werden können. In Anbetracht dessen ist es umso wichtiger und dringlicher, diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die durch die Angriffe auf die eingesetzten Kräfte

unser Rechtssystem und unsere Gesellschaftsordnung angehen wollen. Täglich werden Einsatzkräfte tätlich angegriffen und zum Teil schwer verletzt. Immer häufiger werden solche Übergriffe völlig unvermittelt ohne eine Vollstreckungshandlung verübt. 2013 wurden bundesweit rund 59.000 Polizeibeamtinnen und -beamte Opfer von Straftaten, darunter waren rund 16.000 Körperverletzungen. Ein Angriff auf eine Polizistin oder einen Polizisten ist immer auch ein Angriff auf unser Gemeinwesen. Hier muss die volle Härte des Gesetzes greifen, hier darf es keine zwei Meinungen geben. Deshalb ist die seit 2010 erhobene GdP-Forderung nach Einführung eines neuen – nicht wie Paragraph 113 StGB eine Widerstandshandlung bedingenden – Strafparagrafen 115 StGB „Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte/-innen“ richtig. Dies wäre zumindest ein Baustein, um die Gewalt gegen die Polizei einzudämmen. Zudem benötigen wir eine breite gesellschaftliche Debatte, wie wir zusammenleben und miteinander umgehen wollen. Als GdP-Vertreter im KFN-Beirat danke ich allen, insbesondere den Wissenschaftlern des KFN, für die wichtige Arbeit. Die GdP wird sich weiter für eine gerechte Bewertung des sachbearbeitenden Dienstes der Polizei und für bessere Rahmenbedingungen starkmachen, ganz nach dem Motto: Diejenigen, die für Sicherheit sorgen, haben es verdient, dass man sich auch um sie sorgt.

A handwritten signature in black ink that reads "Dietmar Schilff". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Dietmar Schilff
Stellvertretender
GdP-Bundesvorsitzender



Zu: Eigensicherung, DP 1/15

Als ich die neue Ausgabe DEUTSCHE POLIZEI bekam, wollte ich meinen Augen nicht mehr trauen. Als Schlagzeile auf dem Deckblatt der Aufmacher: „Eigensicherung: Distanz, Distanz und nochmals Distanz!“

Ich kann aus eigener schmerzvoller Erfahrung sehr gut verstehen, dass es im Eigensicherungsbereich auf eine angemessene Distanz ankommt. Allerdings ist doch wohl die dreifache Betonung dieser Distanz als Schlagzeile unangemessen.

Zu unserem Berufsbild gehört es doch wohl, dass wir uns nicht nur in der Distanz bewegen, sondern auch in angemessener Art und Weise auf verschiedenste Anlässe Reagieren und Handeln.

Soll jetzt auch noch vermittelt werden, dass man sich besser erst mal 3-fach um Distanz bemüht, bevor man etwas in die Wege leitet?

Welches Signal sendet Ihr damit an das polizeiliche Gegenüber?

Dirk Thoma, Aachen



Ich bin zwar schon mehr als 17 Jahre in Pension und es müsste mich ja nicht mehr berühren. Aber nachdem ich dieses Bild in der DP zur Eigensicherung gesehen habe, ging mir als langjähriges Mitglied der GdP der Hut hoch. Da sieht man wieder einmal, wie weit ihr doch von der Realität entfernt seid. So ein Bild dürfte in einer Gewerkschaftszeitung nicht veröffentlicht werden. Ich möchte die Beamten sehen, wie sie eine Verkehrskontrolle bewerkstelligen mit einer Hand an der Waffe und mit der anderen den EU-Führerschein (in EC-Format) oder den alten Lappen, den Fahrzeugschein oder gar die Papiere bei einer LKW-Kontrolle ansehen oder auch bei einer Personenkontrolle, die Person ordentlich abtasten. Von einer Kontrolle dieser Art in der Nacht, wo man noch eine Taschenlampe mithalten muss, daran möchte ich gar nicht denken. Kann man diese Papiere (EC-Format) schon

bei Tageslicht kaum lesen, wie soll das denn in der Nacht bei Dunkelheit gehen?

Und was macht der/die zweite Person? Ist es nicht nach der PDV-Eigensicherung so vorgesehen, dass die zweite Person den Kontrolleur sichern soll? Wenn dem nicht so ist, dann habe ich in meiner 37-jährigen Dienstzeit etwas verkehrt gemacht. Aber vielleicht liege ich da mit meiner Ansicht falsch. Klären Sie mich bitte auf!

Ich bin jedenfalls der Meinung, dass so ein Bild die Kollegen/Kolleginnen nur verunsichert und es deshalb falsch platziert ist.

Heinz Marschoun, Moosberg

Zu: Lesermeinungen „Unheimliche Allianzen“, DP 11+12/14

Im Ganzen eine gelungene Berichterstattung! Den Resolutionen, dem neuen Grundsatzprogramm der GdP, vor allem der Festvortrag des Prof. Di Fabio! Und dann regt der Minister eine gesamtgesellschaftliche Debatte über Respekt gegenüber Menschen an. Gut, aber dann muss er sich auch mit der Kritik der Bürger anfreunden, die da zu Recht verlangen, dass der Staat, seine Politiker, wieder den nötigen, im Grundgesetz der BRD verankerten und zugesicherten Respekt gegenüber dem „Volk“ erweisen. Der soziale Frieden ist bei weitem nicht so gesichert, wie es die Medien vorgaukeln. Das Teilnehmen am gesellschaftlichen Leben ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Chancengleichheit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind für viele Bürger nicht mehr gegeben. Wundert sich unsere Polizeiführung, unsere politische Führungsriege da wirklich über die zunehmende Gewalt, Respektlosigkeit gegen den Rechtsstaat BRD, unserer Zivilgesellschaft und im Endeffekt gegen uns und all die, die irgendwie staatliche Macht durch Uniform oder ähnliches verkörpern?

Schade, dass die ernste Sicherheitslage des Landes ursächlich aus dem internationalen Terrorismus, dem „Import ausländischer Konflikte auf unseren Straßen“, der linken Gewalt und der der Hooligans definiert wird.

Ich bin gern Polizist, mein Eid auf die Landesverfassung immer noch von Herzen bindend. Aber ich bin nicht blind gegenüber den sich drastisch verschlechternden Lebensbedingungen, vor allem in den Bereichen, wo wir als Polizei handeln müssen. Das betrifft den Sozial- und Finanzbereich, den Umweltschutz ... und dann die Außenpolitik mit immer stärkerem Kriegstreiben unter dem Deckmantel der Humanität und Friedenssicherung. Wo wir dann bei den Demonstrationen auch nicht mehr nur auf den harten Kern gewaltbereiter Idealisten treffen, sondern verstärkt auch auf den politikmüden, bis dahin weitgehend stillen Nachbarn von nebenan ... Wir brauchen keine verschärften Gesetze. Der Staat muss seine Pflicht den Bürgern gegenüber erfüllen. Das wäre mir persönlich Wertschätzung meiner Arbeit durch die Politik genug!

S. Hawer, Stralsund

Zu: 25. Ordentlicher GdP-Bundeskongress, DP 12/14

„Ein Hoch auf uns“ ... spielte die Band am Ende eines jeden Kongresstages und alle sangen voller Inbrunst mit. Die ein oder andere fragte sich aber „Wer oder Was ist ‚uns‘ in unserer GdP“? Ja, es war ein gelungener Bundeskongress mit super Wahlergebnissen für alle Mitglieder des Ge-

Fortsetzung auf Seite 32

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de**



TITEL

VERFASSUNGSSCHUTZ

Von Dr. Andreas Vollmer

Reformen beim Verfassungsschutz
Mitarbeiter einbeziehen!

Wer mit offenen Augen durch Deutschland geht, reibt sich verwundert die Augen. Extremistische und sicherheitspolitische Herausforderungen verheißen wenig Gutes: Islamisten, Salafisten, IS-Terrorsympathisanten, gewaltbereite Neonazis – teils in „Nadelstreifen“, die die Karte des Parteienprivilegs spielen wollen. Hooligans im Boot mit Rechtsextremisten, letztere als Rattenfänger, die in Teile des bürgerlichen Spektrums einzutauchen versuchen. Auf der anderen Seite agieren Linksextremisten, von denen einige die Konfrontation mit Repräsentanten des Staates auf der Straße suchen. Daneben fordern Cyber-Angriffe und Wirtschaftsspionage ihren Tribut. Folgt daraus eine Sicherheitspolitik aus einem Guss, mit dem offensiven Bekenntnis zu effizienten Nachrichtendiensten? Fehl-anzeige! Grund genug, den Reformbedarf aus der Sicht von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes (VS) zu betrachten.

Der Autor ist stellvertretender Vorsitzender der GdP-Bezirksgruppe Landesbehörden (Bayern) und Personalratsvorsitzender im Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz. Er vertritt seine private Ansicht, die in langjähriger Facharbeit gewachsen ist. Bereits vor über zwei Jahren stärkte die GdP – als einzige Gewerkschaft – in einem Positionspapier den VS-Beschäftigten den Rücken.



Zum GdP-Positionspapier „Verfassungsschutz stärken“

Schwarz-Weiß-Denken auflösen

Einige Vorbemerkungen sind unverzichtbar: Anders als in fast allen Staaten der Welt sehen bei uns nicht wenige Politikerinnen und Politiker sowie der Mainstream der Medien in den rechtsstaatlich verfassten Nachrichtendiensten keine tragende Säule der inneren Sicherheit. Ein Schwarz-Weiß-Denkschema ist beliebt: Es gibt die „gute“ Polizei, die für Sicherheit und Ordnung sorgt und den „bösen“ Nachrichtendienst, der im Dunkeln operiert und „willkürlich“ agiert. Nicht zum Grundkonsens gehört, dass Nachrichtendienste und Polizei im gesetzlichen Rahmen arbeiten und kooperieren müssen. Zugegeben, die Dienste haben im Fall des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) Fehler gemacht. Diese werden aufgearbeitet, schon deshalb, weil niemand gerne mit der eigenen Arbeit scheitert.

Bei atypischen Verbrechenskonnstellationen (konspirative Kleinstgruppen) können wir aber immer scheitern

oder erst Jahre später zur Aufklärung kommen. Bedeutete Terrorismus vor dem NSU nicht die Ausübung eines massiven Schreckens zur Erreichung politischer Ziele? Bis 2011 konnten die Morde politisch nicht eingeordnet und geklärt werden. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ sah hier noch im Jahr der Aufdeckung Strukturen der Organisierten Kriminalität am Werk. Es gab also eine in Zusammenhängen schwer zu erkennende Mordserie, die erst Jahre später mit widerlichen Bekennervideos die Öffentlichkeit erreichte. Mit einem einfachen Schlüssel zur Lösung warteten aber manche Medien auf. Sie gehen mit den heute bekannten Erkenntnissen nach dem Auffliegen der hochkriminellen rechts-extremen Mörderbande an die schwierige Situation der Tatbegehungsjahre heran. Dies ist kriminalistisch wie sicherheitspolitisch unseriös, aber öffentlichkeitswirksam.

Was daher notwendig ist, ist die Analyse zur künftigen Vermeidung von Fehlern. Im Falle des mörderischen NSU-Trios war die Aufklärung und Zusammenarbeit mit anderen Behörden in Teilen alles andere als gut. Hier wurden Konsequenzen gezogen. Echte und vermeintliche Pannen wurden fast nur den „Schlapphüten“ zugeschrieben. Diese Eindimensionalität wird der komplizierten Sachlage nicht gerecht. Es wäre aber zu einfach, auf Erfolge in anderen Bereichen des Verfassungsschutzes hinzuweisen oder auf dem Klavier der guten Arbeit und Aufklärung im Bereich Islamismus zu spielen.

Neues Waterloo verhindern

Die notwendige NSU-Aufklärung muss alle Bereiche umfassen, von der Polizei über die Justiz bis zur Politik,

die die Rahmenvorgaben liefert und Ressourcen vorgibt. Dabei beruhigt es wenig, dass die zitierte „Braune RAF“ und die spekulativ genannte Vielzahl rechtsterroristischer Zellen jedenfalls seit dem Ende der NSU-Mordserie im Jahre 2007 bis heute nicht feststellbar waren; die menschliche Tragödie für die Opfer bleibt und ein islamistischer Terroranschlag kann Deutschland jederzeit erreichen. Richtig ist, dass kein Bereich des politischen Extremismus heute vernachlässigt werden darf.

Alle Demokraten sind sich einig, ein zweiter NSU-Fall muss verhindert werden. Wie? Daran scheiden sich die Geister. Eine fundierte sicherheitspolitische Analyse steht aus. Zwei Aspekte sind vorab zu nennen, wenn – nicht nur aus Sicht von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – auf künftige Reformen geblickt wird:

+ Waren die VS-Behörden nach der Wiedervereinigung fachlich, personell, finanziell und von ihren Handlungsmöglichkeiten richtig aufgestellt? Wenn es Defizite gab, welchen Einfluss hatten sie auf die Aufklärung im (Rechts-) Extremismus?

+ Können Nachrichtendienste, Polizei und Sicherheitsbehörden heute hoch effizient arbeiten? Agieren Polizei und Verfassungsschutz bei der Aufgabenerfüllung auf Augenhöhe mit Schwermisdeltlichen beziehungsweise gewaltgeneigten Extremisten?

Analysekompetenz bieten

Seit längerem beschäftigt sich die Arbeitsgemeinschaft der Personalräte der VS-Behörden in Bund und Ländern (AG PR B/L) auf der Arbeitsebene mit zentralen Fragen: Dabei ist der Blick zukunftsorientiert, wenngleich eine Analyse von Stärken und Schwächen vergangener Jahre nicht fehlen darf. Deutschland braucht zukunftsfähige Nachrichtendienste, die eng und vertrauensvoll mit ihren Partnern – insbesondere der Polizei – bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit kooperieren. Die Kolleginnen und Kollegen erwarten zu Recht eine Positionierung ihrer Personalvertretungen im Amt und auf Bund-Länder-Ebene, diese haben die Fachkompetenz auf Arbeitsebene. Im vergangenen Sommer erstellte der Autor für dieses Gremium und zur Präsentation in einer Tagung der Leiter der VS-Behörden ein Diskussionspapier „Reformper-



spektiven aus Mitarbeitersicht“. Nach Freigabe des Dokuments durch die AG PR B/L, das auf Zustimmung der Amtsleiterinnen und Amtsleiter beim Verfassungsschutz stieß, wird nachfolgend Bezug genommen.

Trennungsgebot erhalten

Zur Debatte um den Stellenwert der Arbeit der Inlandsnachrichtendienste gehört, dass sich die Politik in „Schönwetterphasen“, jedenfalls wenn sie in Verantwortung steht, zu deren Notwendigkeit bekennt. Erinnert sei an Erfolge in der Terrorbekämpfung nach dem 11. September 2001, die aber Ressourcen in anderen Bereichen gebunden haben. Der „Leitberichterstattung“ folgend, fallen positive Bekenntnisse in Krisenzeiten schwer. Die VS-Bediensteten erwarteten Gegenargumente und deren Präsentation aus der Politik, wenn die Abschaffung des VS oder dessen „Kastration“ zu einer Analysestelle offenen Materials (ohne Nachrichtendienstkomponente der verdeckten Informationsbeschaffung) gefordert wird. Dabei wäre eine Offensive möglich.

Zwei Fragen: Wer erstellt Lagebilder und Vorfeldanalysen für die Politik, die Polizei oder andere Sicherheitsbehörden – zu Institutionen, bei politischen Großereignissen oder neuen extremistischen Entwicklungen (verfassungsschutzrelevante Islam-Feindlichkeit)? Wer ist Ansprechpartner für ausländische Nachrichtendienste? Die mitunter zitierte Zivilgesellschaft leistet dies nicht. Wir sind nicht nur aus historischer Erfahrung gut beraten, diese facettenreiche Vorfeldarbeit nicht in die Polizei zu verlagern.

Aus Fehlern lernen

Die Kolleginnen und Kollegen leiden: Gern hätten sie ihren Beitrag dazu geleistet, die mobil agierende NSU-Mörderbande zur Strecke zu bringen. Es entspricht einem Konsens, sich aktiv Gedanken zu machen, wie man schreckliche Ereignisse künftig verhindern kann. Bei einer konspirativ agierenden Kleinstgruppe wird dies aber immer schwierig sein. Aus Fehlern zu lernen fällt leichter und ist notwendig, wenn diese seinerzeit unvermeidbar waren, aber Lern- und Weiterentwicklungspotenziale aufzeigen, die künftig für die innere Si-

cherheit hilfreich sind. Wir müssen Konzepte entwickeln, wie künftig in vergleichbaren Situationen adäquat reagiert werden muss. Die Bediensteten sind aber in ihrer Privatsphäre, im Freundeskreis und in der Arbeit auch von „Schlammlawinen“ betroffen, die destruktive Intentionen nahe legen.

Ein besonders schlimmes Beispiel ist die gebetsmühlenartig behauptete „Rechts-Blindheit“. Es handelt sich um eine üble, verleumderische Unterstellung, die nicht nur Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund oder solche, in deren Familien es Opfer der NS-Diktatur gegeben hat, als ehrverletzend empfanden. Hier muss es künftig ein Sprachrohr der sachlichen Zurückweisung geben, sonst kommen wir auch fachlich nicht aus der Defensive.

Strategische Positionierung

In Konfliktsituationen fehlt den Verfassungsschutzbehörden gegenwärtig die erforderliche Lobbyarbeit. Die Mit-

- + **Aufklärung über die Arbeitsweise rechtstaatlicher Nachrichtendienste mit Erläuterung, was nach 2001 (Islamismus, Vereinsverbote) geleistet wurde.**
- + **Analyse über die Leistungsfähigkeit/Leistungsdefizite vor dem Hintergrund politischer, rechtlicher und fiskalischer Vorgaben durch die Politik, verbunden mit Forderungen, festgestellte Defizite auszugleichen.**
- + **Kein Personalabbau bei den Verfassungsschutzämtern, die nicht nur wegen der „Schuldenbremse“ entsprechend verpflichtet wurden beziehungsweise werden sollen.**

Rationale Betrachtungen

Nach den Terroranschlägen vom 11. September brachten die „Otto-Kataloge“ eine Anpassung der deutschen Sicherheitsarchitektur an internationale Standards. Die (neue) Sicherheitspolitik führte zu einem gesellschaftlichen Konsens, wonach die Nachrichtendienste wichtig sind

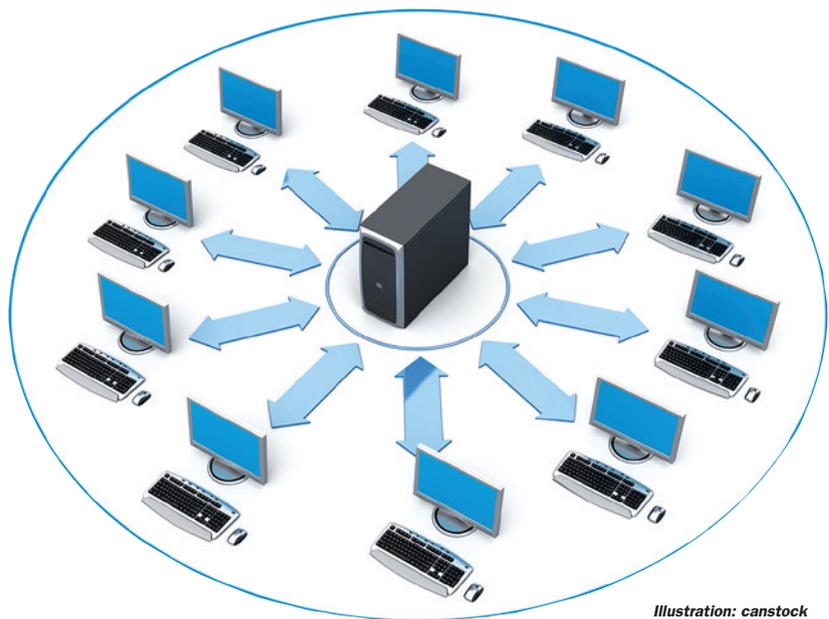


Illustration: canstock

arbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Diensten hatten seit dem Beginn der NSU-Debatte im November 2011 die Hoffnung auf eine Aufklärungsstrategie, die folgendes umfasst:

- + **Abgestimmte Bund-Länder-Öffentlichkeitsarbeit bei medialen Attacken, eine „pro-aktive“ Pressearbeit und Darstellungen auf „VS-Homepages“ sind nötig.**

und so eng wie möglich mit der Polizei kooperieren sollen. Mit den Fehlern beziehungsweise Defiziten im Falle NSU wurden die VS-Behörden wieder zum Prügelknaben: Eine „Kopf-in-den-Sand-stecken“-Politik hilft nicht weiter. Die gescholtenen Dienste wehren sich extern nicht. Dabei sollte eine ehrliche Debatte geführt werden: Wir alle wollen Sicherheit, aber darf sie adäquate Kosten verursachen? VS-Arbeit



soll keine Eingriffe in Grundrechte mit sich bringen, aber über gewalttätige Extremisten aufklären und der Polizei Erkenntnisse zur Strafverfolgung liefern. Eine Reihe notwendiger Instrumente gibt es aber nicht.

Eine ehrliche Diskussion, inwieweit Datenschutz auch Täterschutz sein kann und ob es Korrekturen geben müsse, bedeutet, in ein Wespennest zu stechen. Zu erinnern ist an die endlose Debatte der Speicherung von Kommunikationsdaten in der Telekommunikation und den Zugriff zur Strafverfolgung. Ein weiteres Beispiel: Künftige Pkw-Mautdaten können selbst beim Verdacht auf schwerste Straftaten nicht zur Aufklärung herangezogen werden. Mich beunruhigt schon, dass wir hier kriminellen (Diebes-)Banden nicht wirksam begegnen dürfen. Wir haben eine Quadratur des Kreises, die zum Stillstand führt. Wer, so frage ich, bedroht Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger mehr, der Terror-Sympathisant mit seiner Gewaltaffinität und den Folgen für eine verängstigte Bevölkerung oder rechtsstaatliche Verfassungsschutzbehörden, mit denen weit mehr als 95 Prozent der Bundesbürger nie in Berührung kommen, weil sie nicht extremistisch sind. Ihre Grundrechte sind nicht betroffen. Dafür besteht Aufklärungsbedarf gegenüber ideologisch aufgeladenen Debatten, die suggerieren, dass ein totaler Überwachungsstaat besteht oder wir auf dem Weg dorthin sind. Was wir ablehnen, sind permanente Organisationsveränderungen, überbordende Arbeitsgruppen und halbherzige aber personalintensive Projekte, die über ein Debattenstadium nicht hinauskommen.

Handlungsempfehlungen der Politik prüfen

Der NSU-Untersuchungsausschuss (Bund) formulierte Empfehlungen, die in den Bereichen Polizei, Justiz und Verfassungsschutz in der 18. Wahlperiode des Bundestages umgesetzt werden sollen. Wesentliche Punkte für den Verfassungsschutz sind dabei:

- + **Konsequente Erkenntnisübermittlungen an Strafverfolgungsbehörden**
- + **Controlling beim Umgang mit Informationen, Umgang mit Akten/Daten**
- + **Neue Arbeitskultur mit Transparenz: „Offenheit statt Schlapphutkultur“**
- + **Verstärkte parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste**

+ Regelungen für den Quelleneinsatz (Thüringen schafft ihn gerade ab).

Eine personalneutrale Umsetzung der detailreichen Vorschläge (vgl. NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages, BT-Drucksache 17/14600) ist unmöglich, dies zeigen allein Maßnahmen beziehungsweise Konsequenzen aus ihnen:

- + **Intensivierter Informationsaustausch in den Abwehrcentren (GAR/GETZ)**
- + **Verstärkter gegenseitiger Informationsaustausch Polizei und VS**
- + **Verbesserung der Analyse- und Koordinierungsfähigkeit (auch über neue EDV)**
- + **Neue Zusammenarbeitsrichtlinie des BfV und der Landesämter (ZAR)**
- + **Fachprüfung Auswertung, wörtlich „Querdenkergruppe“**
- + **Intensivierung der Rechtsextremismusbeobachtung**
- + **Aktive und verstärkte Öffentlichkeitsarbeit**
- + **Neuorganisation und Neuausrichtung der Fortbildung**
- + **Priorisierung der nachrichtendienstlichen Arbeit (Arbeitsteilung)**

Mit Ausnahme des letzten Punktes ist nicht erkennbar, wie die genannten Maßnahmen ohne Reduzierung der Kernfachaarbeit umgesetzt werden können. In der konkreten Ausgestaltung der Vorschläge ist eine deutliche Bürokratisierung vorhersehbar. Die Begeisterung auf VS-Arbeitsebene hält sich deutlich in Grenzen.

Mindeststandards einführen

Wir könnten es uns einfach machen und lediglich die zuvor skizzierten Maßnahmenpakete umsetzen, deren mediale Wirkung (noch) nicht eingesetzt hat. Sie stellen sich für mich so dar: Die Auswertung soll vertieft, die wissenschaftliche Analyse ausgeweitet und die operative Arbeit gestärkt werden. Dabei fallen administrative Zusatz- und Begleitarbeiten an, Mehrkosten dürfen nicht entstehen. Ob eine „Ressourcenbündelung“ oder Arbeitsteilungen auf Bund-Länderebene entlastend wirken, ist offen. Im Bereich des facettenreichen Rechtsextremismus dürfte dies ohnehin nicht gelingen, weil dies weder die Politik, noch Medien oder Öffentlichkeit akzeptieren dürften. Wir brauchen einen zweiten Schritt: Notwendig ist eine Debatte um die personelle und finan-

zielle Ausstattung der Inlandsdienste. Dazu gehören die rechtlichen Rahmenbedingungen, um die gesetzlichen Aufgaben erfolgreich bearbeiten zu können. Unzureichendes Personal und/oder fehlende Mittel bergen die Gefahr, neue extremistische Entwicklungen oder gefährliche Personen nicht oder erst zu spät zu entdecken. Dies darf es nicht geben.

Innere Sicherheit erfordert Mindeststandards: Zunächst fachlicher Art bei Beschaffung und Auswertung, aber auch in der Frage, wie viel Personal in der jeweiligen VS-Behörde benötigt wird, um die Aufgaben effizient erledigen zu können. Es geht nicht um Hunderte neue Stellen, sodass das Argument „Schuldenbremse erfordert Personalabbau“ nicht sticht. Das Einsparpotenzial ist bezogen auf die Gesamtkosten eines Personalhaushalts im Bund beziehungsweise in den Ländern minimal. Der gesellschaftliche wie politische Schaden eines Fehlschlags in der Aufklärung gewaltgeneigter Strukturen wegen unzureichender Ressourcen wäre darüber hinaus in jedem Fall größer als ein kurzfristiges fiskalisches „Einspar-Strohfeuer“. Der Weg weist jedoch in eine andere Richtung. Eine personelle Stärkung der Verfassungsschutzbehörden bleibt die Ausnahme. Die vorherrschende Tendenz ist, den Personalstand zu halten oder sogar abzusenken. Auffallend ist, dass gerade in den östlichen Bundesländern mit ohnehin nur kleinen Personalkörpern ein weiterer, teils massiver Abbau stattfindet.

Sinnvolle Reformen

Die Dienste sind nur so gut, wie das „schwächste“ ihrer VS-Ämter, gerade wenn sie in einer Skandalisierungsphase „durch den Wolf“ gedreht werden. Wir müssen dort die Arbeit stärken, wo sie aus welchen Gründen auch immer unzureichend ist. Eine gute Verfassungsschutzarbeit benötigt deshalb sinnvolle Reformen:

- + **Die Erfahrung entscheidet, der Beruf lebt von Kontinuität. Personalauswahl, Personalführung und Personalbindung haben dabei eine hohe Bedeutung.**
- + **Die Effizienz leidet, wenn Bedienstete ihren Arbeitsbereich verlassen, weil sie anderweitig eingesetzt werden müssen oder nur so Karriere machen können.**
- + **Die Personalentwicklungskonzepte**



Tabelle: Entwicklung des Personalbestandes bei VS-Behörden

VS-Personal im Bund bzw. Land	Zunahme ↗	Gleichstand →	Abnahme ↘
Bundesamt für Verfassungsschutz		↗	
Baden-Württemberg			↘
Bayern		→	
Berlin		→	
Brandenburg			↘
Bremen		↗	
Hamburg		→	
Hessen			↘
Mecklenburg-Vorpommern		→	
Niedersachsen		→	
Nordrhein-Westfalen		↗	
Rheinland-Pfalz		→	
Saarland			↘
Sachsen			↘
Sachsen-Anhalt			↘
Schleswig-Holstein		→	
Thüringen		→	

Nach den beim Autor vorliegenden Informationen, Stand: Dezember 2014

müssen seriös sein und auf dem Prinzip „Fordern und Fördern“ basieren. Der Bedienstete steht dabei im Mittelpunkt. Die kompetente Sachbearbeitung (Beschaffung, Lage, Analyse) ist das Kapitel.

- + Die transparente Mitarbeiterförderung honoriert Leistung durch Beförderungen und Höhergruppierungen, durch Prämierungen, aber auch durch Anerkennung von Seiten der Politik und Gesellschaft.
- + Die erforderlichen Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen liefern das notwendige Handwerkzeug, um schwierigen Aufgaben gerecht zu werden. Adäquate Aus- und Fortbildungsstandards helfen, gute Arbeit zu leisten.
- + Die Facharbeit ist zu stärken, die Bürokratisierung zu minimieren. Die Reduktionen von Komplexität wie bei EDV-Verfahren ist eine Daueraufgabe.
- + Die Anstrengungen beim Arbeitsschutz und bei der Arbeitssicherheit sind zu erhöhen. Gute Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz sind umzusetzen.
- + Die Arbeitsergebnisse können nur gut sein, wenn die Fürsorge für die

Bediensteten auch ein fundiertes Gesundheitsmanagement umfasst.

- + Die Zusatzaufgaben (wie Prävention) bedürfen einer sorgsam Analyse. Sachfremde Aufgaben ohne zusätzliches Personal und Geld sind abzulehnen.

Über diese aus Sicht von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genannten Reformen sind nach meinem Verständnis vier weitere Maßnahmen beziehungsweise Projekte anzugehen:

- + Grundsätzliche politische Vorgaben (nicht jedoch für Einzelfälle) zur Arbeit der Verfassungsschutzbehörden: Verantwortlichkeit für Schwerpunktsetzungen
- + Gemeinsame Ausbildung/Fortbildung Polizei und Verfassungsschutz oder gemeinsame Laufbahn Polizei & Verfassungsschutz (so in Bayern realisiert)
- + Analyse der Rechtsprechung im Bereich „Nachrichtendienste & Polizei“ im Hinblick auf die Aufgabenerfüllung, gegebenenfalls Erarbeitung von Reformvorschlägen
- + Reform einschlägiger Gesetze mit „Justierung“ des Datenschutzes durch eine Expertenkommission von Polizei,

Nachrichtendiensten und Fachwissenschaft

Nicht verkannt wird, dass in den dargelegten Reformvorschlägen Brisanz steckt. Kritiker dürften sie als Steilvorlage sehen und weitere Beschränkungen fordern. Befürworter sollten von den Gegnern seriöse Alternativen einfordern und sich mit solchen auseinandersetzen. In Anbetracht der Herausforderungen für die innere Sicherheit wäre es sträflich, jetzt keine grundsätzlichen Reformen anzugehen. Die Alternative wäre eine drohende „Abwärtsspirale“: Permanenter Schlagabtausch von Regierung und Opposition zur Arbeit der Dienste sowie mediale Dauerkritik oftmals verbunden mit Personalabbau. Streitet man stattdessen für einen personellen VS-Mindestansatz in den Ländern, so ist die Forderung des Amtsleiters von Mecklenburg-Vorpommern vom Frühjahr 2014 richtig: Der Personalansatz bei den Landesbehörden für Verfassungsschutz solle mindestens zwei Prozent der dortigen Polizeistärke betragen. In den Bundesländern ergäbe dies – so auch die Überzeugung des Autors – den Zuwachs, der für eine adäquate und gute Aufgabenerfüllung unerlässlich ist.

Die GdP ist gut beraten, den Weg der Reform der Nachrichtendienste mit eigenen Vorschlägen zu begleiten und das erwähnte GdP-Positionspapier aus dem Jahr 2013 mit Leben zu erfüllen.

Fazit

Die vielfältigen Herausforderungen in der Sicherheitspolitik erfordern einen politischen Konsens zur Existenz und Arbeit der Nachrichtendienste. Diese müssen im gesetzlichen Rahmen eng mit der Polizei kooperieren. Reformen dürfen nicht auf halben Weg stecken bleiben und müssen mit den Bediensteten gemeinsam gestaltet werden. Die Dienste müssen, wie die Polizei, auf Augenhöhe mit ihrem sicherheitspolitischen „Gegenüber“ arbeiten können. Die dazu erforderlichen Rahmenbedingungen hat die Politik bereitzustellen: Erfolgreiche Arbeit benötigt ausreichende Ressourcen in rechtlicher, finanzieller und personeller Hinsicht. Ein personalpolitischer Stillstand oder Personalabbau bei wachsenden Aufgaben führt zur unvermeidbaren Schwächung der notwendigen Arbeit der Nachrichtendienste.



Ein Jahr NSU-Prozess

Von Oliver Bendixen

Die 9/11-Terroranschläge mit der Mordserie der NSU-Terroristen in Verbindung zu bringen, ist eigentlich unmöglich. Und doch gibt es eine Gemeinsamkeit: Nach den Attentaten in New York und Washington erklärte ein ranghoher amerikanischer Geheimdienstchef: „Uns hat es nicht an Informationen gefehlt – uns hat es bei den Sicherheitsbehörden an Fantasie gefehlt.“ Zu diesem Schluss kommen – wenn sie als Zeugen im Münchner NSU-Verfahren vor dem Oberlandesgericht auftreten – auch immer wieder Verfassungsschutzbeamte und Kriminaler: „Wir haben uns das einfach nicht vorstellen können, dass zwei junge Männer bewaffnet durch Deutschland ziehen und scheinbar wahllos neun Männer mit Migrationshintergrund und eine Polizeibeamtin erschießen.“

Schon der Begriff „wahllos“ gerät ins Wanken. Darauf, dass die ins Visier des NSU geratenen Opfer vor den Morden genau beobachtet wurden, deutet vieles hin. Von den Helfern vor Ort, die Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt gehabt haben müssen, fehlt aber auch nach der Vernehmung von 300 Zeugen jede Spur. Und noch viel weiter im Dunklen liegt, was die beiden Rechtsterroristen zu ihrem ersten Mord an Enver Simsek im Jahr 2000 in Nürnberg getrieben hat. Als sie das später aufgetauchte, genauso so zynische wie rassistische „Paulchen-Panther-Video“ fertigten, hatten sie bereits die meisten ihrer Morde begangen, zwei verheerende Bombenanschläge verübt und 18 Banken ausgeraubt.

Über 30 Straftaten listet die Anklageschrift der Bundesanwaltschaft auf. Und an fast jedem Prozesstag frage ich mich, ob die beiden Uwes versuchen würden, all diese Ungeheuerlichkeiten noch zu rechtfertigen – säßen sie neben der schweigenden Beate Zschäpe mit auf der Anklagebank. Im Grunde genommen muss man den toten Quasi-Hauptangeklagten Straftat für Straftat nachweisen. Nur so kann am Ende entschieden werden, ob die Hauptangeklagte Mittäterin war, Beihilfe leistete oder von Nichts wusste. Nach nunmehr 180 Verhandlungstagen, an denen die inzwischen 40-Jährige kein Wort sagte, erwartet kaum einer der Prozessbeobachter noch ein Geständnis. Dass sie die konspirative Wohnung des Trios nach dem Tod der beiden Uwes in Brand gesteckt hat, steht wohl ohne Zweifel fest – der Rest ihrer Beteiligung bleibt Vermutung.

Noch nie habe ich ein Verfahren er-



Prozessbeobachter Oliver Bendixen ist Reporter beim Bayerischen Rundfunk. Er hat von Anfang an die NSU-Ermittlungen begleitet.

Foto: privat

lebt, bei dem ich wie hier – von Äußerlichkeiten abgesehen – so wenig über die Täter erfahren habe. Die Taktik der Bundesanwaltschaft zielt darauf ab, nachzuweisen, dass Zschäpe über elf Jahre den bürgerlichen Rahmen für ein Leben im Untergrund geliefert und damit die ganze Mordserie erst möglich gemacht hat. Die Nachbarn sollten denken, die beiden Männer an der Seite dieser Frau seien vielbeschäftigte Monteure. Sie tat es auch, wie Zeugen immer wieder bestätigen.

Puzzleteil für Puzzleteil wird zusammengetragen – bei den Journalisten auf der Empore des Sitzungssaals 101 im Münchner Strafjustizzentrum wächst die Überzeugung, dass Zschäpe geradezu auf ein „lebenslänglich mit besonderer Schwere der Schuld“ zusteuert. Dass sie ein Geständnis davor bewahren könnte, glaubt allerdings kaum noch ein Beobachter. Was am Ende für die laut Anklage an der Beschaffung der Ceska-Tatwaffe und anderen Unterstützungshandlungen beteiligten vier Männer herauskommt, wird nicht einmal erörtert. Nicht einmal bei dem zweiten Hauptangeklagten Ralf Wohlleben, dessen aus der Szene stammenden Anwälte immer wieder eine Entlassung ihres Mandanten aus der U-Haft fordern und für den Neonazis Anfang März eine Solidaritätskundgebung vor dem Gericht veranstalten wollen.

Das aus den siebziger Jahren stammende Gebäude gleicht auch knapp zwei Jahre nach Prozessbeginn an jedem Verhandlungstag einer Festung: Ausweiskontrollen und Leibesvisitationen für Zuschauer und Berichterstatler, Parkverbote rund um das Gericht und Sprengstoffsuchhunde im Einsatz. Mit einem Blaulichtkonvoi quer durch München werden Zschäpe und Wohlleben zu jeder Verhandlung vom USK des Münchner Präsidiums ins Strafjustizzentrum und am Nachmittag zurück in die JVA Stadelheim gebracht. Dass es noch immer Personenschutz für den Senatsvorsitzenden Richter Manfred Götzl und die anderen Richter gibt, kann nur vermutet werden.

An Götzls Vorbereitung dieses Mammutverfahrens hatte es zu Beginn heftige Kritik gegeben – sie ist längst verstummt. Dem als ebenso erfahren wie aufbrausend bekannten Richter bescheinigen die Prozessbeobachter inzwischen eine souveräne Verhandlungsführung. Zwar weist er ihm ins Wort fallende Verteidiger und Nebenklageanwälte noch immer donnernd zurecht; echte Temperamentsausbrüche aber sind mittlerweile selten: „Ich glaube, wir machen jetzt erst einmal zehn Minuten Pause!“

Was sich gewandelt hat, ist auch der Umgang des Gerichts mit den Opfern und den Angehörigen der Ermordeten. Einige waren von ihren Anwälten – unter denen es gewaltige Qualitätsunterschiede gibt – nicht gut genug auf die Befragungen im Prozess vorbereitet worden oder konnten nicht gut genug Deutsch, um den Fragen folgen zu können. Die Einsicht, dass man mit ihnen etwas sensibler umgehen müsste, setzte sich erst nach ein paar Wochen durch.

Genau darum wird es auch in den kommenden Wochen gehen, wenn der „Tatkomplex Keupstraße“ verhandelt wird. In der Kölner Keupstraße waren bei dem mutmaßlich von Böhnhardt und Mundlos verübten Nagelbombenanschlag im Juni 2004 über 20 Menschen zum Teil lebensgefährlich verletzt worden. Im Januar wurden von einem Tatortspezialisten des LKA NRW die ersten Bilder an die Wand des Gerichtssaals projiziert: „Und das sind die acht Nägel und die Plastikteile, die die Ärzte aus dem Körper eines Verletzten geholt haben.“ Es war dann plötzlich ganz still im überfüllten Gerichtssaal.

Gerade die Opfer aus der Keupstraße hatten sich in der Vergangenheit bitter darüber beklagt, dass sie von der Polizei unter Generalverdacht gestellt



wurden. Bis zur Aufdeckung des NSU 2011 waren die Ermittler davon ausgegangen, dass ein persönlicher Racheakt oder Revierkämpfe türkischer Straftäter hinter dem Bombenanschlag stecken müssten – allenfalls noch eine Bestrafungsaktion der Grauen Wölfe oder der PKK. Dass sich bis heute niemand bei ihnen entschuldigte, hat die Betroffenen verbittert. Auch in Nürnberg und München, wo immerhin fünf der zehn Tatorte lagen, hatten Ermittler geklagt:

in den Höheren Dienst geschafft hat – beim Nächsten, warum er seine Karriere auf einer kleinen Kripodienststelle in Thüringen beenden musste.

Ob nun Ignoranz – wie Kritiker beklagen – die Aufklärung der NSU-Mordserie durch die Polizei über zehn Jahre lang verhindert oder eine Verkettung unglücklichster Umstände, wird in diesem Prozess vermutlich nicht geklärt werden – und wahrscheinlich auch nicht

der Ex-V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes mit Decknamen „Piatto“, wie ihn die Behörde vorzeitig aus dem Gefängnis holte, wo er wegen versuchten Totschlags, begangen an einem Migranten, acht Jahre hätte sitzen müssen. Unter den Augen der Justiz verschafften ihm seine V-Mann-Führer dann zur Resozialisierung einen Job in einem Laden für Neonazi-Klamotten. Mit dem Geld vom Verfassungsschutz – so räumte er als Zeuge ein – habe er jahrelang Zeitschriften und Infobriefe für die Hardcore-Szene wie „Blood and Honour“ herausgegeben. Einige davon wurden vor der Publikation sogar noch vom Verfassungsschutz abgenickt. Kommentar des Nebenklageanwalts Alexander Hoffmann: „Unfassbar, wie mit Steuermitteln einem Neonazi das Leben im Milieu erst möglich gemacht wird.“ Über die Schuld oder Unschuld der fünf Angeklagten aber sagt dies nichts.

Dass der im Mai 2013 begonnene Prozess möglicherweise erst 2016 endet und jeder Verhandlungstag mit rund 100.000 Euro zu Buche schlägt, ist dem Rechtsstaat geschuldet, der eben keinen „kurzen Prozess“ machen kann. So etwas gab es im Dritten Reich, dessen Ideologie manche der in München erschienenen Zeugen aus der Szene gerne wiederbeleben möchten. Da brauchen auch die Journalisten einen langen Atem, um gegen die Irrmeinung anzuschreiben, fünf harte Urteile im NSU-Prozess würden das Problem rechter Gewalt lösen. ARD-Reporter wie auch Kollegen der „Süddeutschen Zeitung“ protokollieren an jedem Prozesstag den Verlauf der Sitzung, um am Ende eine Dokumentation eines Stücks Zeitgeschichte vorlegen zu können. Eine Mühe, der sich nicht einmal das Gericht unterziehen möchte. Ob diesem Justizmarathon dieselbe historische Bedeutung zukommt wie den Auschwitz-Prozessen und den RAF-Verhandlungen, wird sich zeigen. Die einen haben die Deutschen gezwungen, sich ihrer Geschichte zu stellen – die anderen den Staat und das Verhältnis von Bürgern, Polizei und Justiz erkennbar beeinflusst.

Ob der NSU-Prozess so weit greift, wissen wir nicht. Doch ist vielleicht das Angedenken an neun ermordete Migranten und eine tote deutsche Polizistin die Anstrengungen in diesem Verfahren wert – und erst recht die Genugtuung für die Familien der Opfer.



Die Angeklagte Beate Zschäpe (2.v.r.) im Gerichtssaal des Oberlandesgerichts in München zwischen ihren Anwälten Anja Sturm und Wolfgang Heer. Foto: Andreas Gebert/dpa

„Das gibt es doch nicht, dass aus dem Umfeld der Opfer keiner was weiß und keiner was gesehen hat.“ Doch genau so war es. Und so prallen auch im Prozess immer wieder die Überzeugung vieler Ermittler, Polizist sei eben ein Erfahrungsberuf, mit den Vorwürfen einiger Nebenklageanwälte zusammen. Die werfen den verschiedenen Sonderkommissionen vor, einseitig und voller Vorurteile gegen Ausländer vorgegangen zu sein. Die Beamten wiederum fühlen sich in eine rassistische Ecke gestellt – Annäherung nicht in Sicht. Wer inzwischen weit über 100 Fahnder im Zeugenstand erlebt hat, weiß spätestens jetzt, dass auch bei der Polizei Licht und Schatten ziemlich gleich verteilt sind. Exzellente vorbereitete Ermittler gaben sich im Sitzungssaal 101 mit Kollegen die Klinke in die Hand, die geradezu unfassbare Erinnerungslücken hatten. Bei dem Einen fragt man sich, wie er es

im vierten NSU-Untersuchungsausschuss, der jetzt in NRW seine Arbeit aufnimmt. Inzwischen geht auch ein Riss durch die Reihen der über 60 Nebenklageanwälte. Ohne die Rolle des Verfassungsschutzes in den neuen Bundesländern aber auch in Hessen geklärt zu haben, sei ein Urteil nicht möglich, sagt ein Teil der durchaus politisch motivierten Juristen. Andere monieren, dies sei in einem Strafverfahren gar nicht möglich und das Beharren auf dem Versagen der Behörden an allen Ecken und Enden minimiere in der Öffentlichkeit am Ende sogar die Schuld der fünf Angeklagten. Nicht zuletzt Anwälte von Opfern aus der Kölner Keupstraße wünschen sich – bestärkt durch ihre Mandanten – einen zügigeren Prozess mit einem gerechten Urteil mehr als ein Tribunal zum Thema Verfassungsschutz. Das allerdings hätte genug Stoff für ein paar Jahre Arbeit. So schilderte



GdP: Lehren aus Terrorakten von Paris ziehen

Mit Trauer und Bestürzung hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf die Terroranschläge Anfang Januar in Paris reagiert. Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow betonte nach dem Blutbad in der französischen Zeitschriftenredaktion „Charlie Hebdo“, in einem Supermarkt und an einer Tankstelle, bei dem 17 Menschen getötet wurden, darunter drei Polizisten: „Unser Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen der Opfer dieser erschütternden Taten. Den Verletzten wünsche ich im Namen meiner Organisation eine baldige und vollständige Genesung.“



Schock und Fassungslosigkeit in Paris: Trauer auch um die erschossenen Polizeibeamten. Foto: EPA/GIORGIO BENVENUTI/dpa

Frankreichs Staatschef François Hollande würdigte nach den islamistischen Anschlägen die drei dabei getöteten Polizisten Franck Brinsolaro, Ahmed Merabet und Clarissa Jean-Philippe. Sie seien „gestorben, damit wir in Freiheit leben können“, sagte Hollande bei der Zeremonie in der Pariser Polizeipräfektur. „Sie sind in Ausübung ihres Amtes gestorben, mit Mut, mit Tapferkeit, mit Würde“, betonte er. Ihnen gebühre größte Dankbarkeit. Hollande nahm die drei Beamtinnen und Beamten posthum in die französische Ehrenlegion auf. Die Orden befestigte er an den Särgen der Polizisten, die in französische Nationalflaggen gehüllt waren.

Terroristischer Anschlag mit normalem Polizeischutz nicht zu verhindern

In der Debatte um erste Schlussfolgerungen nach den schrecklichen Taten von Paris sagte der GdP-

Bundesvorsitzende in zahlreichen Interviews und Gesprächsrunden mit Fernsehstationen, Hörfunksendern und Zeitungen, ein geplanter Terroranschlag dieser Größenordnung und Brutalität sei mit einem normalen Polizeischutz nicht zu verhindern. Die einzige Chance, ein solches Attentat zu verhindern, sei den Tätern bereits bei der Planung auf die Spur zu kommen. Das bedeute eine intensive nachrichtendienstliche und polizeiliche Überwachung potenzieller Gefährder. Malchow bekräftigte seinen dringenden Appell an die Politik, „der Polizei alle Mittel an die Hand zu geben, die sie braucht, um Terrorzellen aufzuspüren“.

In Deutschland sei den Sicherheitsbehörden in der Vergangenheit gelungen, neun Anschläge zu verhindern, „zweimal haben wir Glück gehabt und ein Anschlag forderte den Tod zweier Menschen“. Rund 1.000 Personen umfasse in Deutschland das gesamte islamistisch-terroristische Personenpotenzial. „Dazu




COP® Specials Januar / Februar 2015 *Gültig vom 20.12.14 - 28.02.15

1 Taschenlampe
COP® 8507 LED Stroboskop
 Art.-Nr. 18507
 Cree® XP-G LED Leuchtmittel.
 Arretierbarer Schalter. Länge: 14 cm
 Durchmesser: 3,3 cm Körper, 3,6 cm Kopf

Aktionspreis € 39,90
 statt 59,90

2 Einsatzstiefel
adidas® GSG9.7
 Art.-Nr. 85G62307-Größe UK
 Farbe: schwarz
 Größen: (EU 36 - 50), UK 3,5 - 14
 Verfügbar in 1/2 Größen
 Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 600 g

Aktionspreis € 119,90
 statt 139,90

3 Einsatzhandschuh
COP® PPG TS
 Art.-Nr. 320PPGTS-Größe
 Größen: XS - 3XL; Farbe: schwarz
 Außenmaterial: Handfläche: 100% Rindsleder
 Handrücken: 55% Polyamid, 45% Polyester
 Innenmaterial: 100% Polyäthylen
FINGERKUPPEN: Besonders hoher
 Stichschutz rundum an den Fingerkuppen.

Aktionspreis € 59,90
 statt 79,90

4 Under Armour® Tactical Stehkragen Mock-Shirt
 Art.-Nr. UA12443930-Größe (oliv)
 Art.-Nr. UA12443931-Größe (navy)
 Art.-Nr. UA12443935-Größe (schwarz)
 Größen: S - 2XL Farben: oliv, schwarz, navy
 Material: 89% Polyester, 11% Elasthan
 Langärmeliges, hochfunktionelles
 Kompressionsshirt mit ColdGear®
 Technologie, das den Körper in kalten
 Tagen warm und trocken hält.

Aktionspreis € 49,90
 statt 59,90

5 Under Armour® Outdoor Fleece Beanie Mütze
 Art.-Nr. UA12419675
 Farbe: schwarz; Einheitsgröße
 Material: 100% Polyester
 Enganliegende Mütze mit ColdGear®
 Technologie. Weiches Fleece Innenfutter
 sorgt für optimalen Feuchtigkeitstransport.

Aktionspreis € 15,90
 statt 22,90

6 Under Armour® Infrared Convex Handschuh ColdGear®
 Art.-Nr. UA12494375-Größe
 Farbe: schwarz; Größen: S - XL;
 Material: 100% Polyester. Warmer,
 gefütterter Fleecehandschuh mit
 "Infrared"-Innenfutter und wasser-
 abweisender STORM-Imprägnierung.
 Mit Touchscreen-Funktion.

Aktionspreis € 29,90
 statt 44,90

7 Under Armour® Boxershorts Core ColdGear®
 Art.-Nr. UA12038825-Größe
 Größen: S - 3XL; Farbe: schwarz
 Material: 63% Nylon, 23% Polyester,
 14% Elasthan. Eng anliegende Boxershorts
 ohne Eingriff - Beininnenlänge = 17,8 cm

Aktionspreis € 29,90
 statt 39,90

8 Rucksack Assault Pack Small
 Art.-Nr.: 940BAG-S
 Maße: 42 x 20 x 25 cm; Farbe: schwarz
 Material: 100% Polyester, PVD beschichtet
 Volumen: 25 l

Aktionspreis € 29,90
 statt 39,90

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln.
 Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de

www.cop-shop.de

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
 Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

* Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Dezember 2014 bis 28. Februar 2015 | * Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. *** ehemaliger Verkaufspreis



Abschied: Trauerfeier für die in Paris ermordeten Polizeibeamten.

Foto: EPA/GEORGIO BENVENUTI/dpa

ist ein enormer personeller Aufwand für die Polizei nötig und wir beten jeden Tag, dass uns keiner durch die Lappen geht“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende.

Deshalb begrüßt die GdP den Vorstoß des Bundesinnenministeriums für eine Reform des Verfassungsschutzes. Malchow sagte: „Eine Schlussfolgerung aus dem brutalen Verbrechen ist aus unserer Sicht, dass die Inlandsnachrichtendienste rechtlich besser aufgestellt werden müssen. So fehlt den Verfassungsschützern bisher ein geeignetes Instrument, um die Finanzströme von terrorverdächtigen Einzelpersonen oder Gruppierungen nachverfolgen zu können. Denn das Attentat ist kein spontanes Mörderstück, sondern nach aller Erfahrung von langer Hand geplant.“

Malchow: „Polizei braucht alle Mittel, um Terrorzellen auf die Spur zu kommen“

Für eine enge Beobachtung von Gefährdern sei es zudem unabdingbar, dass lokale Terrorzellen auch durch die Dienste vor Ort begleitet werden. „Es bringt nichts, wenn die Entscheider in vierhundert Kilometer Entfernung sitzen und keinerlei persönliche Beziehung zu den angezapften Quellen haben“, sagte Malchow weiter. Er forderte zudem eine personelle Stärkung der mit der Analyse von Berichten beauftragten Abteilungen. Selbst

“ Wenn wir Polizei, Verfassungsschutz und Nachrichtendienste zu den letzten Trotteln machen, vor denen wir immer nur Angst haben müssen, dass sie unsere Rechte untergraben, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn sie uns im Zweifel nicht so schützen können, wie sie uns schützen müssen, damit unsere Freiheit wirklich gewährleistet ist.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble beim Neujahrsempfang der CDU in Bremen zwei Tage nach dem Attentat in Paris.

die besten Informationen seien „reine Makulatur, wenn sie auf einem Stapel ungelesener Papiere landen“.

Es sei beschämend, dass immer erst dann Bewegung in sicherheitspolitische Debatten – auch um personelle und technische Ausstattungen – komme, nachdem eine schockierende Tat nicht nur die Bevölkerung verängstige, sondern selbst die politisch Verantwortlichen aufwühle, sagte der GdP-Chef. „Vor dem Hintergrund der Zuspitzung der Sicherheitslage ist mit der nicht angemessenen und unverhältnismäßigen Sparpolitik der Re-

gierungen, unter der die Polizei, die Sicherheitsbehörden und die Justiz seit vielen Jahren leiden, der Bogen überspannt worden. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann der Bogen bricht und die Gewährleistung der inneren Sicherheit in unserem Land von immer mehr Zufällen abhängig wird.“

Wenn es zutrefte, so Malchow weiter, „dass die Mitglieder der Pariser Terrorzelle Befehle und Anweisungen aus dem Ausland erhalten hat, dann müssen diese Kommunikationswege kontrollierbar und im Nachhinein polizeilich auch auswertbar sein. Das gleiche gilt für die Geldbewegungen, die notwendig waren, Waffen und Sprengstoff zu kaufen“. Zugleich machte der GdP-Vorsitzende deutlich: „Wir befinden uns nicht im Krieg und es gelten bei aller Versuchung die Regeln des Rechtsstaates.“

Malchow warnte vor Denkverboten: „Die Einführung einer verfassungskonformen Speicherung von Telekommunikationsdaten ist ebenso wenig politischer Aktionismus wie die dringend notwendige Schaffung einer besseren nachrichtendienstlichen Überprüfbarkeit von Finanzströmen. Terrorabwehr ist keine Aufgabe, die mit knappsten personellen und rechtlichen Ressourcen erfolgreich sein kann.“ Festzuhalten sei aber auch, dass in Deutschland die Gefahr für die Freiheit nicht von den Sicherheitsbehörden, sondern von international geführten Terroristen und Gefährdern ausgehe.





HEROES WEAR HAIX®

**WIR SUCHEN
DICH**

**FÜR DEN GROßEN
BLACK EAGLE®
ADVENTURE**

TRAGETEST!



Jung, sportlich, faszinierend! Mit leichtem Microfaser/Textil-Aufbau und kompletter Ausstattung setzt der **BLACK EAGLE® Adventure** nicht nur optische Trends. Dieser Schuh zeichnet sich durch Stabilität bei gleichzeitigem hohem Tragekomfort aus und ist für jede Freizeitaktivität der ideale Begleiter.

Das wollen wir – **HAIX®** und **POLIZEIPRAXIS** - genauer wissen und laden Dich zu einem 8-wöchigen Tragetest ein!

Bewirb Dich bis 31.03.2015 mit einer Email an: black-eagle-adventure@polizeipraxis.de und überzeuge uns, warum Du eines der 30 Test-Paare bekommen sollst.

Hierbei teile uns bitte Dein Alter, Geschlecht und bevorzugte Freizeitaktivität mit. Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt durch die Redaktion des Magazins **POLIZEIPRAXIS**.

Mit Deiner Bewerbung stimmst Du zu, den Schuh während des Tests intensiv zu nutzen und nach Ablauf einen Fragebogen an Deine Email-Adresse zu bekommen, den Du uns ausgefüllt zurück sendest. Selbstverständlich sichern wir Anonymität zu. Sämtliche Angaben werden vertraulich behandelt und nach Abschluss/Auswertung des Tests gelöscht.

Also los geht's, wir freuen uns auf Deine Bewerbung!



www.haix.com



www.polizeipraxis.de

GdP-Bundesvorsitzender bei Mahnwache für ein tolerantes Deutschland in Berlin

Ein klares politisches Signal ging auch von der Mahnwache für ein „weltoffenes und tolerantes Deutschland und für Meinungs- und Religionsfreiheit“ am Brandenburger Tor in der Bundeshauptstadt aus, zu dem der Zentralrat der Muslime und die Türkische Gemeinde Berlin aufgerufen hatten.

Tausende Menschen kamen zum Pariser Platz ins Zentrum Berlins, um ein Zeichen gegen die Angriffe auf Religionsgemeinschaften zu setzen. Unter ihnen befanden sich auch Oliver Malchow und Jörg Radek, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, betonte in einer Rede: „Die Terroristen haben nicht gesiegt, und Terroristen werden auch nicht siegen.“ Für Einschüchterung und Gewalt wie beim Überfall auf das Satiremagazin gebe es keine Rechtfertigung. „Die Terroristen wollten den Propheten rächen? Nein! Sie haben mit ihrer Tat die größte Gotteslästerung begangen.“

Bundespräsident Joachim Gauck rief alle Menschen in Deutschland unabhängig von Religion und Herkunft zum Einsatz für Demokratie und Welt-

offenheit auf: „Wir alle sind Deutschland“, sagte er. „Wir schenken Euch nicht unsere Angst. Euer Hass ist unser Ansporn“, sagte er an die Adresse von Terroristen und Fanatikern. **wsd**

Tausende Menschen bei der Mahnwache in Berlin, unter ihnen GdP-Chef Oliver Malchow (oben).

**Fotos: Rüdiger Holecek
Jörg Carstensen/dpa**



Massiver Angriff Linksautonomer auf Leipziger Polizeiwache

Nach einem unvermittelten Anschlag auf eine Polizeiwache im Leipziger Stadtteil Connewitz Anfang Januar und einem Bekennerschreiben aus der linksextremen Szene fordert die sächsische Gewerkschaft der Polizei (GdP) einen „richtungsweisenden Dialog“ zwischen dem Landesinnenministerium, Leipzigs Oberbürgermeister, der Polizei und der GdP. In einer Presseerklärung übermittelte die Gewerkschaft den Landes- und Kommunalpolitikern dazu einen Fragenkatalog.

Zum Vorschein kommt darin unter anderem die Kritik der GdP Sachsen an der „ständig praktizierten Toleranz gegenüber Rechtsverstößen bei Versammlungen“ aus dem politischen Lager des Leipziger Ordnungsbürgermeisters Heiko Rosenthal (DIE LINKE). Gemutmaßt wird, ob dies nicht „zur Enthemmung und zur Bildung einer solchen militanten autonomen Szene“ beitrage.

Nach einem Bericht der Zeitung „Die Welt“ wurde der Polizeiposten mittlerweile 16 Mal Ziel eines Angriffs. In dem aktuellen Fall erkennt die GdP Sachsen nunmehr eine „neue Qualität der Bedrohung für Polizisten“, wie das auf einem linksautonomen Internetportal veröffentlichte Bekennerschreiben verdeutlicht. Unverhohlen wird darin der Polizei massiv gedroht: „Bulle dein Duldungsstatus ist aufgehoben und deine Aufenthaltserlaubnis erloschen wie das Feuer in dem Streifenwagen hinter der Wache (...). Auch wenn du deine Uniform ablegst, so bleibst du immer noch das gleiche Schwein von Mensch und wirst weiterhin Ziel unserer Interventionen sein, wann immer wir es

wollen.“ Die mit zwei Beamten besetzte Außenstelle des Polizeireviers Leipzig-Südost wurde laut einem Polizeibericht durch etwa 15 bis 30 verummte, schwarz gekleidete Personen unvermittelt und massiv mit Steinen, Flaschen, Feuerwerkskörpern und Farbe beworfen. Ein gleichzeitiger Angriff mehrerer Täter ereignete sich an der Rückseite der Dienststelle. Dort wurde die Heckscheibe eines abgestellten Funkstreifenwagens eingeschlagen und der Innenraum in Brand gesetzt. Nach ersten Erkenntnissen wurden die Beamten nicht körperlich verletzt, standen jedoch unter schwerem Schock und wurden psychologisch betreut.

Mit dem hinterhältigen Angriff wollten die Linksautonomen offenbar

an den zehnten Todestag des Afrikaners Oury Jalloh erinnern, der in einer Polizeizelle in Dessau in Sachsen-Anhalt bei einem Feuer ums Leben gekommen war. Noch kurz vor Weihnachten hatten laut „Die Welt“ Linksextreme im Internet einen Aufruf zur Gewalt mit 50 konkret benannten Zielen in Leipzig veröffentlicht, darunter auch Polizeieinrichtungen.

Auch im Berliner Bezirk Neukölln hatte es Mitte Januar einen vermeintlich linksautonomen Angriff gegeben. So wurde unter anderem das dortige



Spuren der Gewalt: Rund 50 Maskierte haben den Polizeiposten unter anderem mit Pflastersteinen und Farbbeuteln angegriffen.

Foto: Peter Endig/dpa

Rathaus aus einer Gruppe von bis zu 50 Vermummten mit Steinen und Farbbeuteln beworfen. Da am Tatort Flyer im Zusammenhang mit dem Tod von Oury Jalloh gefunden worden waren, begann der Staatschutz zu prüfen, ob beide Attacken einen gemeinsamen Hintergrund besitzen. **mzo**

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen

Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



Gewerkschaften fordern 5,5 Prozent – Tarifverhandlungen mit den Ländern beginnen

Die Bundestarifkommissionen des öffentlichen Dienstes von ver.di, GEW, IG BAU und GdP sowie der dbb und tarifunion haben in ihren Sitzungen Mitte Dezember die Tarif- und Besoldungsrunde 2015 im öffentlichen Dienst der Länder diskutiert und ihre gemeinsamen Forderungen beschlossen. Es geht um die Erhöhung der Tabellenentgelte (TV-L) um 5,5 Prozent, mindestens aber um 175 Euro, bei einer Laufzeit von zwölf Monaten sowie die Anhebung der Entgelte für Auszubildende um 100 Euro monatlich sowie ihres Urlaubsanspruchs von 27 auf 30 Tage im Jahr.

vorstand zuständig, betonte: „Die Tarifbeschäftigten in der Polizei haben Jahre des Personalabbaus hinter sich. Das Ergebnis dessen sind ein sich permanent auftürmender Aufgabenberg und eine massive Arbeitsverdichtung. Jetzt noch die rote Laterne in der Einkommensentwicklung zu tragen, ist des Schlechten zu viel.“ Und die Spreizung

Zudem wird gefordert die verbindliche Übernahme der Auszubildenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung, die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfänger und -innen sowie die Schaffung einer Entgeltordnung für Lehrkräfte. Sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen sollen tarifvertraglich ausgeschlossen werden. Darüber hinaus lehnen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes jeglichen Eingriff in die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung ab (Zusatzversorgung nach dem ATV). Nach Abschluss der Entgelttrunde ist das Tarif- und Eingruppierungsrecht anforderungsgerecht weiter zu entwickeln.

Damit geht es im durchschnittlichen Gesamtvolumen (5,5 Prozent, mindestens 175 Euro) um 5,88 Prozent. Das würde spürbare Entgeltsteigerungen für die rund 800.000 Tarifbeschäftigten der Länder (außer Hessen, da nicht Mitglied der TdL), die circa 1,2 Millionen Beamtinnen und Beamte der Länder (und Kommunen) sowie für die rund 700.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger der Länder (und Kommunen) bedeuten.

Einkommenserhöhungen mit Blick auf Privatwirtschaft

Ihre Einkommen „müssen Schritt halten mit den Gehaltssteigerungen in der Privatwirtschaft“, ist sich die Gewerkschaftsseite einig. Das gilt auch für die Beschäftigten der Polizei in den Ländern. Deutliche Lohnsteigerungen seien außerdem notwendig, weil sie die Binnennachfrage stärken und damit wichtige Impulse für die weitere positive wirtschaftliche Entwicklung setzen.



(v.l.) Kerstin Philipp, für Tarifpolitik zuständige stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende; Marlis Tepe, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW); Achim Meerkamp, ver.di-Bundesvorstand, ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske und Klaus Dauderstadt, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes (dbb). Foto: Rüdiger Holecek

Bei einem erwarteten Bruttoinlandsprodukt von etwa 1,6 Prozent, einer Preissteigerung von rund 2,1 Prozent, jeweils bezogen auf 2015, einem Nachholbedarf gegenüber der Privatwirtschaft, dem TVöD für Bund und Kommunen sowie mit steigenden Staatseinnahmen, sei die Forderung solide begründet und finanzierbar.

Auch die Beschäftigten in der Polizei der Länder erwarten von der am 16. Februar beginnenden Tarifrunde einen deutlichen Anstieg ihrer Einkommen. Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow sagte: „Der Graben zwischen den Einkommen im öffentlichen Dienst und der privaten Wirtschaft wird immer breiter. Dass das kein Motivationsfeuerwerk auslöst, dürfte jedem klar sein. Zudem wird auch für junge, gut ausgebildete Menschen ein Beschäftigungsverhältnis im öffentlichen Dienst immer unattraktiver.“

Kerstin Philipp, stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und für Tarifpolitik im Geschäftsführenden GdP-Bundes-

bei den Besoldungen der Länder liegt derzeit bei etwa 18 Prozent.

„Am Ende unserer Geduld“

Aber nicht nur gegenüber der Privatwirtschaft, auch gegenüber den Kolleginnen und Kollegen des Bundes und in den Kommunen, seien die Polizeibeschäftigten der Länder im Rückstand. Philipp: „Wir sind am Ende unserer Geduld. Das werden wir die Arbeitgeber in den Verhandlungen spüren lassen.“ Bei möglichen Tarifaueinandersetzungen seien sich die Angestellten in der Polizei der Solidarität der beamteten Kolleginnen und Kollegen sicher: „Nachdem die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses auf die Besoldung der Beamtinnen und Beamten gerichtlich garantiert ist, verhandeln wir auch für unsere beamteten Kolleginnen und Kollegen.“

Naturgemäß werden die Forderungen der Gewerkschaften von der anderen Tarifpartei gegensätzlich be-



wertet: Jens Bullerjahn, Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und Finanzminister Sachsen-Anhalts, „vermisst Realitätssinn“, da seiner Auffassung nach, die Gewerkschaften bis zu elf Prozent mehr Lohn fordern. Der Politiker weiter: „Die Länder mühen sich seit Jahren, ihre Haushalte in den Griff zu bekommen. Die heute geforderte lineare Anhebung der Gehälter im öffentlichen Dienst um 5,5 Prozent würde für die 15 Mitgliedsländer der TdL Mehrkosten von 2,1 Milliarden Euro bedeuten – allein für die Tarifbeschäftigten. Kämen dann die Beamten hinzu, wovon die Gewerkschaften ja auch ausgehen, erhöhen sich die Mehrkosten auf insgesamt mehr als 6,5 Milliarden Euro! Der geforderte Mindestbetrag von 175 Euro monatlich mehr bedeutet in den unteren Einkommensgruppen eine Lohnerhöhung von bis zu elf Prozent. Bei einer Inflationsrate von zuletzt 0,6 Prozent lassen die Gewerkschaften hier jeden Realitätssinn vermissen. Wer möchte, dass die

Bundesländer die Schuldenbremse einhalten und wer gleichzeitig möchte, dass die Länder weiter auf hohem Niveau investieren – zum Beispiel in gute Bildung – der kann diese Forderung nur rundweg ablehnen.“

Ein Schlagabtausch der Positionen, Argumente und Zahlen ist also schon zu Beginn der Verhandlungen zu erwarten. Aber die Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertreter sind inhaltlich gut vorbereitet und wissen die Kolleginnen und Kollegen hinter sich.

Gewerkschaften erwarten konstruktive Tarifrunde

Die Arbeitgeberseite tritt in Teilen in neuer Besetzung auf – diesmal als reine Männerrunde. Kurz vor der Beschlussfassung der Gewerkschaften bestätigte die Mitgliederversammlung der TdL am 15. Dezember Bullerjahn im Amt des Vorsitzenden. Der Finanzminister übt dieses Amt seit dem 22. Oktober 2012

aus. Gleichzeitig wählt die Versammlung den niedersächsischen Finanzminister Peter-Jürgen Schneider zum Zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden des Vorstandes. Er folgt Bremens Finanzsenatorin Karoline Linnert. Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Vorstandes ist weiterhin der sächsische Staatsminister der Finanzen, Prof. Dr. Georg Unland.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes erwarten eine konstruktiv verlaufende Tarifrunde. Der vorjährige Tarifabschluss für die Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen für den Bereich des TVöD wird dabei eine große Rolle spielen. Nach dem Auftakt am 16. Februar in Berlin werden die Verhandlungen am 26./27. Februar und am 16./17. März in Potsdam fortgesetzt.

kör.

News zu den Tarifverhandlungen in den Ländern auf gdp.de



Anzeige

4. – 5.3.2015
Nürnberg, Germany

ENFORCETAC
International Exhibition & Conference
Law Enforcement, Security and
Tactical Solutions
enforcetac.com

by IWA

IWA
OUTDOOR
CLASSICS 2015

High performance in target sports,
nature activities, protecting people

6. – 9.3.2015
Nürnberg, Germany

www.iwa.info

NÜRNBERG MESSE



Polizeibeamte als Opfer von Gewalt – Ergebnisse einer niedersächsischen Befragung

Von Karoline Ellrich und Dr. Dirk Baier

In den letzten beiden Jahren wurde vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) in Hannover eine Studie unter niedersächsischen Einsatz- und Streifendienstbeamten zu deren Gewalterfahrungen im Dienst durchgeführt. Im Gegensatz zu den meisten bisherigen Studien stand die Identifikation von Risiko- und Schutzfaktoren der Opferwerdung im Vordergrund, wobei der Fokus auf Faktoren gelegt wurde, die den Beamten beziehungsweise die Dienstorganisation beschreiben. Für die Studie wurden 1.931 Beamte mittels eines Fragebogens befragt; die Rücklaufquote betrug 40,1 Prozent, welche ein hohes Interesse der Beamten am Thema belegt. An dieser Stelle werden zentrale Befunde der Studie vorgestellt. Ein ausführlicher Ergebnisbericht steht auf der Homepage des KFN (www.kfn.de) kostenlos zum Download zur Verfügung.

Polizeibeamte sind im Einsatz häufig mit Gewalt und Aggressivität seitens der Bürger konfrontiert

Die Studie belegt, dass Beamte in mehr als jedem zweiten Einsatz wegen Streitigkeiten oder Schlägereien be-

schimpft oder bedroht werden. Leichte körperliche Gewaltformen mit einem eher geringen Verletzungsrisiko wie etwa Schubsen berichteten sie in jedem dritten diesbezüglichen Einsatz. Nur die physischen Gewaltformen (neben Schubsen zum Beispiel Schlagen oder Treten) betrachtet, gilt, dass in 38,0 Prozent aller Einsätze wegen

häuslicher Streitigkeiten/Schlägereien, in 33,6 Prozent aller Einsätze wegen nicht häuslicher Streitigkeiten/Schlägereien und in 9,9 Prozent aller Einsätze wegen Überprüfungen Verdächtiger Übergriffe stattfinden.

Allgemeine Personenmerkmale des Beamten weisen weitestgehend keine Zusammenhänge mit dem Erleben eines Gewaltübergriffs auf

Auf die Hauptfrage der Untersuchung nach dem Zusammenhang zwischen Personenmerkmalen und dem Opfererleben kann eine recht klare Antwort gegeben werden: Für das Risiko, im Rahmen eines Einsatzes physisch angegriffen zu werden, spielt es nahezu keine Rolle, ob ein Beamter eher extrovertiert, neurotisch, verträg-



Fußballeinsätze werden für Polizistinnen und Polizisten immer gefährlicher, der tägliche Streifendienst auch. Foto: Revierfoto/dpa



lich und so weiter ist. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass die Beamten im Einsatz die in ihrer Aus- und Fortbildung vermittelten Standards einhalten und insofern ihre Persönlichkeit „im Griff“ haben. Zugleich belegen die Ergebnisse auch, dass beispielsweise eine höhere Risikobereitschaft in Einsätzen wegen häuslicher Streitigkeiten und/oder Schlägereien eher zu Gewaltopfererfahrungen führt. In bestimmten Einsatzsituationen können sich Personenmerkmale also durchaus negativ auswirken.

Emotional erschöpfte Einsatz- und Streifendienstbeamte weisen ein erhöhtes Gewaltopferisiko auf

Emotional erschöpfte Beamte berichten häufiger davon, im Einsatz angegriffen worden zu sein. Möglicherweise sind Beamte mit höheren Erschöpfungszuständen weniger fähig, im Einsatz kompetent zu agieren. Indem sie etwa die Distanz nicht wahren, sich weniger aktiv am Geschehen beteiligen oder dem polizeilichen Gegenüber durchzuführende Maßnahmen nicht ausreichend erklären, erhöht sich für diese Beamten die Gefahr eines Übergriffs. Zu beachten ist dabei, dass für immerhin 12,1 Prozent der Beamten festgestellt wurde, dass sie unter hoher emotionaler Erschöpfung leiden.

Merkmale des Arbeitsumfelds und insbesondere organisationale Zusatzdienstanforderungen erweisen sich als wichtige Einflussfaktoren der Opferschaft

In Bezug auf das Arbeitsumfeld lassen sich verschiedene Anforderungen spezifizieren, die sich folgenden drei Bereichen zuordnen lassen: allgemeine organisationale Anforderungen (zum Beispiel Zeitdruck), organisationale Zusatzdienstanforderungen (zum Beispiel Nacht- oder Wochenenddienste) und operative Anforderungen (zum Beispiel Umgang mit Opfern). Fast drei Viertel der Beamten sind häufig mit Anforderungen aus den beiden erstgenannten Bereichen konfrontiert, über die Hälfte berichtet von häufigen operativen Anforderungen. Für die drei Anforderungskategorien ergeben sich zugleich Beziehungen mit der Op-



Dirk Baier ist promovierter Soziologe und stellvertretender Direktor am KFN. Er ist seit 2005 am Institut beschäftigt. Diplom-Psychologin Karoline Ellrich ist seit 2009 am KFN. Beide beschäftigen sich seit mehreren Jahren intensiv mit dem Thema Gewalt gegen Polizeibeamte und haben hierzu zwei Untersuchungen durchgeführt. Foto: KFN

ferschaft. Gerade die organisationalen Anforderungen erhöhen das Risiko des Erlebens eines Gewaltübergriffs.

Die sozialen Beziehungen unter den Kollegen sind als positiv zu bewerten; die Unterstützung durch Vorgesetzte erscheint noch verbesserungsfähig

Fast die Hälfte aller Befragten erlebt einen starken Zusammenhalt in der Dienstgruppe; 44,4 Prozent berichteten, dass sie in hohem Ausmaß durch die Kollegen unterstützt werden. In Bezug auf den direkten Vorgesetzten bewerten dagegen nur 34,3 Prozent die soziale Unterstützung als hoch. Die Vorgesetzten schneiden diesbezüglich also schlechter ab. Mit Blick auf das Gewaltopferisiko finden sich allerdings keine Zusammenhänge mit der Unterstützungseinschätzung.

Der stärkste Einflussfaktor der Opferschaft stellt das einsatzkompetente Teamverhalten dar

Für keinen der überprüften Faktoren ist ein solch starker protektiver Effekt festzustellen wie für das einsatz-

kompetente Teamverhalten, welches auf dem Leitfaden zur Eigensicherung (LF 371) und dem Konzept der Einsatzkompetenz beruht. Damit wird empirisch belegt, dass die im Leitfaden spezifizierten Verhaltensempfehlungen wirksam sind. Im Vergleich einzelner Verhaltensweisen, die unter dem Begriff des einsatzkompetenten Teamverhaltens zusammengefasst wurden, zeigt sich, dass erstens das Einhalten ausreichender Distanz zum Gegenüber, zweitens das aktive Bestimmen des Geschehens und drittens das Ankündigen und Erklären durchzuführender Maßnahmen von herausragender Bedeutung für eine Verhinderung eines Übergriffs sind.

Weitere Merkmale der Beamten wirken sich nur vereinzelt auf das Opferisiko aus

Bestätigt werden konnte in der Befragung erneut, dass weibliche Beamte seltener von Gewalt betroffen sind als männliche Beamte. Für das Alter ergibt sich ein Zusammenhang, nach dem ältere Beamte mehr Gewalt erfahren als jüngere Beamte, vor allem in Einsätzen wegen Streitigkeiten/Schlägereien. Eine gute körperliche und psychische Verfassung senkt demgegenüber das





Verletzt muss ein Polizeibeamter nach Ausschreitungen und Angriffen auf die Einsatzkräfte bei einer Demonstration den Dienst quittieren. Einzelfälle sind das schon lange nicht mehr. Foto: Matthias Balk/dpa

Risiko eines Übergriffs. Ein unerwarteter Einfluss ergibt sich daneben für die gemeinsame Einsatzgeschichte. Beamtenteams, die in der Vergangenheit häufiger zusammen Einsätze hatten, weisen ein höheres Opferrisiko auf. Dieser Befund kann als Hinweis darauf verstanden werden, dass eine auf Basis langjähriger gemeinsamer Dienst Erfahrung entstandene Vertrautheit ein Risiko für die Beamten bergen kann. Möglicherweise spricht man sich in solch einer Konstellation mit den Kollegen nicht mehr detailliert ab, achtet weniger auf Signale des polizeilichen Gegenübers, vernachlässigt die Eigensicherungsmaßnahmen und so weiter.

Alkoholeinfluss, Drogeneinfluss und psychische Auffälligkeit des Bürgers stellen wichtige Risikofaktoren dar

In Bezug auf die erfassten Merkmale des polizeilichen Gegenübers ergeben sich starke Einflüsse auf die Gewaltopferschaft. Insbesondere alkoholisierte, unter Drogeneinfluss stehende sowie psychisch auffällige Personen stellen eine Gefahr für die Beamten dar. Folglich erscheinen speziell auf den Umgang mit diesen Personengruppen vorbereitende Einsatztrainings sinnvoll und wichtig zu sein.

Häusliche Streitigkeiten/Schlägereien stellen eine schwierige Einsatzsituation dar, auf die noch stärker in der Aus- und Fortbildung vorbereitet werden sollte

Einsätze wegen häuslicher Streitigkeiten und/oder Schlägereien erweisen sich als besonders risikoreich, insofern es im Rahmen dieser am häufigsten zu physischen Übergriffen auf den Beamten kommt. Hinweise auf die Gründe für das erhöhte Gewaltopferrisiko ergeben sich zum einen mit Blick auf die an diesen Einsätzen beteiligten Bürger. Diese stehen in drei Viertel aller Fälle unter Alkoholeinfluss; in fast neun von zehn Fällen hatte bereits vor dem Eintreffen der Polizei Gewalt zwischen den Beteiligten stattgefunden. Ebenfalls stoßen die Beamten deutlich häufiger als in anderen Einsätzen auf psychisch auffällige Personen. Zum anderen erschweren die Gegebenheiten vor Ort die Einsätze. So gelingt es den Beamten bei häuslichen Streitigkeiten/Schlägereien lediglich in 47,6 Prozent der Fälle, sich an die Richtlinien der Eigensicherung des LF 371 zu halten.

Die Identifikation von Einflussfaktoren der Opferschaft erlaubt es, Bereiche zu benennen, in denen vermehrt Präventions- und Interventionsmaßnahmen erfolgen sollten. Neben

den bereits benannten Punkten ist dabei auf Folgendes hinzuweisen:

- In der Aus- und Fortbildung sollte noch stärker das Handeln im Sinne des Leitfadens 371 trainiert werden. Von besonderer Relevanz sind den Befunden zufolge dabei die Distanzwahrung, die Kommunikation mit dem Gegenüber sowie das aktive Steuern der Situation. Es liegt zugleich in der Verantwortung jedes Einzelnen, sich die Verhaltensstrategien und Techniken immer wieder zu vergegenwärtigen und danach zu handeln.
- Einsatzkompetentes Handeln beginnt nicht erst in der konkreten Einsatzsituation, sondern bedeutet auch, sich auf diese im Vorfeld vorzubereiten; sei es, indem das Geschehen mental antizipiert wird, oder sei es, dass Einsatztechniken oder die korrekte Handhabung von Einsatzmitteln weiter eingeübt oder sich physisch und psychisch fit gehalten wird.
- Routinen beziehungsweise Automatismen sind für ein professionelles, einsatzbezogenes Verhalten in vielen Punkten sicherlich unerlässlich, zugleich bedürfen sie einer selbst- und teamkritischen Betrachtung.
- Arbeitsanforderungen stehen mit Gewalterfahrungen im Dienst in Beziehung. Es wird sich dabei nicht vermeiden lassen, dass gerade Einsatz- und Streifendienstbeamte im Schichtdienst arbeiten und daher Nachtdienste oder Wochenenddienste haben. Nichtsdestotrotz liegt es in der Verantwortung der Polizeiorganisation, geeignete Maßnahmen zur Reduktion der Belastungen zu ergreifen. Hierzu gehört auch, den Beamten ausreichend Möglichkeiten zur Erholung zu bieten. Ein mögliches Resultat aus einem Ungleichgewicht zwischen Anforderungen und Ressourcen stellen Erschöpfungszustände dar. Eine Burnout-Gefährdung ist daher frühzeitig zu identifizieren, um den betroffenen Beamten in einer angemessenen, nicht stigmatisierenden Art und Weise Hilfe zukommen lassen zu können.
- Gewaltübergriffe werden trotz aller Vorkehrungsmaßnahmen auch zukünftig Teil des Polizeiberufes sein. Deshalb liegt es in der Verantwortung der Polizei als Organisation, der Vorgesetzten, der Kollegen sowie der betroffenen Beamten selbst, gewissenhaft und verantwortungsvoll mit solchen Ereignissen umzugehen, sich Hilfe bei den zuständigen Stellen zu suchen beziehungsweise Hilfe anzubieten.



STEUERFIBEL

Das Steuer-Spar-Buch für alle Polizeiangehörigen

Von **M. Brenning**, **H. R. Brenning** und **D. Stepp**.



Format: DIN A 5 Broschur
Umfang: 260 Seiten
Preis: 10,15 € [D]

Die Steuererklärung – eine lästige Aufgabe, der man aber gerne nachkommt, wenn es sich am Ende „auszahlt“.

Eine unverzichtbare Hilfe ist hier die Steuerfibel für Polizeibeamte. Sie ist speziell auf die Probleme zugeschnitten, mit denen Polizeiangehörige immer wieder konfrontiert werden. Der Leser findet hier neben einer programmierten Anleitung zum Erstellen des Lohnsteuer-Jahresausgleichs und der Einkommensteuer-Erklärung über 500 Tipps und Tricks, Quellenangaben und Fundstellen, Beispiele und Urteile, die sich im wahrsten Sinne des Wortes schnell „bezahlt“ machen.

35. Auflage 2014/2015
Steuerfibel + CD-ROM
Paketpreis: 19,80 € [D]

Steuerbookware für den Polizeibereich

Die Steuerfibel für den Polizeidienst inklusive Steuer-Software auf CD-ROM (Für Windows XP/Vista/7/8)

Wenn Sie schon vorher wissen möchten, was „Vater Staat“ an Sie zurückzahlt – die Steuerbookware ist die richtige Lösung!



DIE AUTOREN

Michael Brenning, Diplom-Betriebswirt (FH), Steuerberater.

Dr. Heribert R. Brenning, M. A., Industriekaufmann, Verwaltungsangestellter, Geisteswissenschaftliches Hochschulstudium.

Dieter Stepp, Beratungsstellenleiter des Lohn- und Einkommensteuer Hilfe-Ring Deutschland e. V. (Steuerring).



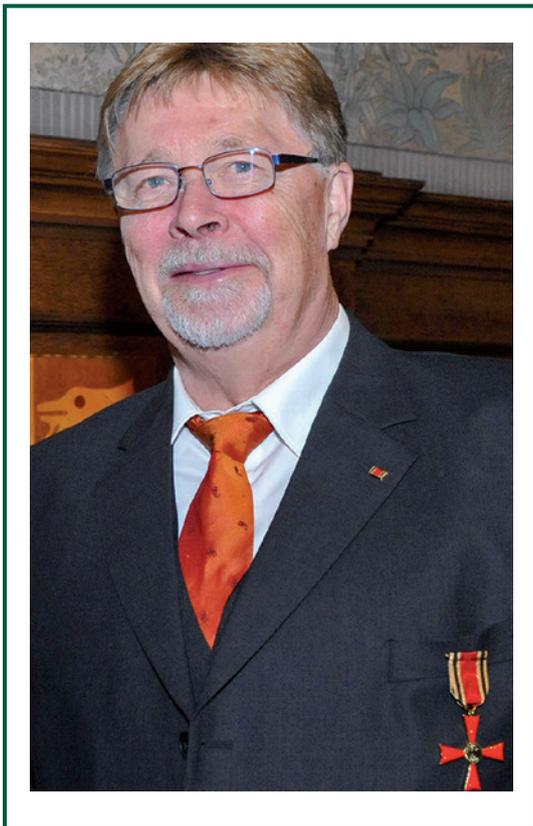
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.VDPolizei.de

Hesse Norbert Weinbach erhält das Bundesverdienstkreuz am Bande

Einem Urgestein der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist im November eine besondere Ehre zuteil geworden: Der 70-jährige Hesse Norbert Weinbach erhielt das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Dies ist die höchste Auszeichnung, welche die Bundesrepublik zu vergeben hat. Der hessische Justiz-Staatssekretär Thomas Metz betonte in seiner Laudatio, dass die Auszeichnung nicht für Einzelleistungen, sondern für eine Persönlichkeit und das Lebenswerk steht.



Norbert Weinbach nach der Ehrung.

Foto: Privat

„Seine“ GdP

Personalratsarbeit und GdP haben das Leben des Kollegen Weinbach geprägt. Viele Funktionen auf Bezirks-, Landes- und auch Bundesebene hatte er inne. So war er acht Jahre bis 2014 Seniorenvorsitzender in Hessen und gehörte dem Bundesseiniorenvorstand an. 2010 bewarb er sich auf die Funktion des Bundesseiniorenvorsitzenden, konnte jedoch das Amt nicht erringen. Stellvertretender GdP-Vorsitzender in Hessen und Vorsitzender seiner Bezirksgruppe waren weitere wichtige Stationen auf seinem Weg. Für die Belange seiner Kolleginnen und Kollegen setzte er sich im örtlichen Personalrat ein. Weinbach war Mitglied im Bezirks- und auch Hauptpersonalrat. Für die GdP würdigte Michael „Mike“ Majewski, Kreisgruppenvorsitzender der GdP-Bergstraße

im Bezirk Südhessen, in einer Rede Weinbachs Verdienste.

Kommunalpolitiker und Vereinsmensch

Der Sozialdemokrat Weinbach setzte sich nicht nur im beruflichen Bereich für andere ein, er war auch in seiner Gemeinde und darüber hinaus aktiv. Eine Fülle von Gratulanten aus Politik und den Vereinen brachten dies zum Ausdruck. So war und ist er noch immer unter anderem im Vorstand der Lorsch SPD sowie im Kreisvorstand. Er wirkte zudem als Stadtverordneter und ehrenamtlicher Stadtrat, der zeitweise die Vertretung des Bürgermeisters der Stadt Lorsch übernahm. Viele Vereine wie die Arbeiterwohlfahrt, der Schützenverein, die Turnervereinigung, der Kleintierzuchtverein und auch den FC Bickel Lorsch unterstützte der engagierte Gewerkschafter. Überdies initiierte er die Gründung des Partnerschaftsvereins, der Beziehungen zu Le Coteau in Frankreich und Zwevegem in Belgien unterhält. Le Coteau ernannte Weinbach zum Ehrenbürger.

Ein Typ

Eine besondere Fähigkeit des GdP-Kollegen ist das Schreiben von Artikeln. Davon hat die GdP auf Bundes- und Landesebene sehr viel profitiert. Weinbach ist aber auch ein Mensch mit Ecken und Kanten und war stets ein Kämpfer. Er liebt den legeren Umgang. Eine enge Kleiderordnung war nicht seine Sache. In seiner Dankesrede führte er sichtlich erfreut aus: „Bei so viel Lob könnte man fast schamrötlich werden“.

Harald Dobrindt

JUBILÄUM

Rosamunde Pietsch wird 100!

Die erste uniformierte Polizistin nach Kriegsende wird am 2. Februar 100 Jahre alt. 1945 stand Hamburg unter britischer Besatzungsmacht und diese führte nach englischem Vorbild eine weibliche Schutzpolizei ein. Rosamunde Pietsch bewarb sich und damit erfüllte sich ihr großer Berufswunsch. Nach ihrer Ausbildung verrichtete sie unter den Nachkriegsverhältnissen ihren Dienst an der Wache am Hamburger Hauptbahnhof und an der Davidwache (St. Pauli).

1953 wurde sie für den ersten Kommissarslehrgang in Münster-Hiltrup ausgewählt und ab 1962 leitete sie die „Weibliche Schutzpolizei“.

Sie war Mitinitiatorin bei der Aufstellung von Jugendschutztrupps, die im Hinblick auf die Zunahme von Jugendgefährdung und Jugendkri-



JUBILÄUM

minalität in einer Welt- und Hafenstadt wie Hamburg mit viel Fremdenverkehr notwendig wurden. Der Einsatz dieser Jugendschutztrupps hat sich bis heute bewährt.

Im Februar 1975 wurde Rosamunde Pietsch in den Ruhestand verabschiedet.

Seit 1950, also dem Gründungsjahr der Gewerkschaft der Polizei, ist sie GdP-Mitglied und auch schon davor gehörte sie in Hamburg der beruflichen Vereinigung („Taube-Verein“) an, die dann 1950 als Institution insgesamt in Gewerkschaft der Polizei umbenannt wurde.

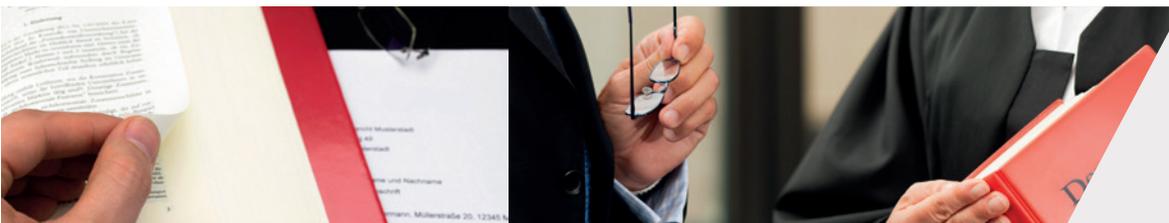
Gratulation und herzliche Glückwünsche an Rosamunde Pietsch und weiterhin viel Freude am Leben.

Text/Foto: Klara Oelke



Rosamunde Pietsch

Anzeige



**GEMEINSAM.
ZIELE.
ERREICHEN.**

Die kompetente Rechtsberatung und Prozessvertretung für Mitglieder der GdP

Wir sind für alle Themen rund um den gewerkschaftlichen Rechtsschutz für Sie da. Mit mehr als 370 qualifizierten Rechtsschutzsekretären*innen in bundesweit 111 Büros erbringt die DGB Rechtsschutz GmbH eine ausführliche Beratung zu folgenden Inhalten:

- **Dienstliche Beurteilung, Beförderung, Besoldung, Versorgung**
- **Dienstausfall, Disziplinarrecht, Beihilfe**
- **Bewerbungsverfahrensanspruch, Konkurrentenklagen**

Wir sind der größte deutsche Zusammenschluss von erfahrenen Juristen*innen auf dem Gebiet des Arbeits-, Sozial- und Beamtenrechts.

Wissenswerte Informationen rund um die Rechtsberatung und Prozessvertretung finden Sie auf unserer Website.

Yelp-Signal im Einsatz – Fahrzeugtechnik und ihre Bedeutung

Von Martin Zink

Einige Bundesländer haben das sogenannte Yelp-Signal eingeführt und Streifenwagen mit dem Anhaltesignal und einem roten Flasher ausgestattet. „Neue“ Technologien halten dadurch Einzug in die Polizei. Woran muss in Zukunft gedacht werden?

Lang ist es her, als im Jahr 2005 durch die damaligen Bundesminister Manfred Stolpe und Otto Schily das US-amerikanische Yelp-Signal in Berlin vorgestellt wurde. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ berichtete anlässlich der Vorstellung, dass die Einführung des neuen Signales in den nächsten Monaten geplant sei. Dadurch solle die Sicherheit der einschreitenden Polizeibeamten anlässlich von Verkehrskontrollen verbessert

und Vorfällen vorgebeugt werden. Was 2005 pressewirksam erklärt wurde, verschwand schnell von der bundesweiten Bildfläche – wie wichtig war und ist also die Sicherheit von Polizeibeamten?

2014 meldeten Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen den Einsatz oder Planungen zur Einführung des Yelp-Signals. Neun Jahre nach den

Aussagen des damaligen Bundesinnenministers Otto Schily. Dauert es derartig lange, den Sinn oder Unsinn neuer Technologie zu betrachten oder ist die Sicherheit der Polizeibeamten, aber auch Verkehrsteilnehmern, derartig unwichtig, dass neun Jahre vergehen dürfen, bis neue Technik eingeführt wird? Unabhängig von Diskussionen um die Sinnhaftigkeit der neuen Anhaltesignale, melden die Innenministerien der Länder erfolgreiche Pilotprojekte und Testphasen, anlässlich derer der Nutzen des Yelp-Signal belegt sei. Damit hält eine – eigentlich gar nicht so neue – Technologie Einzug in die polizeiliche Einsatzrealität.

Wenn über die akustische Erkennbarkeit von Polizeifahrzeugen als



Yelp, typisch USA, oder? Foto: mzo





Mit dem neuen Multifunktions Tuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an. Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!

Passend dazu: ab sofort auf unserer Homepage im Shop auch eine attraktive Auswahl von Schuhen – nicht nur für die Freizeit – von HAX!

Unter allen Anmeldungen für unseren Newsletter, die vom 01.02. - 28.02.2015 erfolgen, verlosen wir fünf

POLIZEIPRAXIS MULTIFUNKTIONSTÜCHER

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Im Einsatz – im Thema. Kontakt Impressum Datenschutz Newsletter

POLIZEIPRAXIS

STARTSEITE THEMEN AUSGABEN PRODUKTE SERVICE

Sie sind hier > Startseite

Suche nach Sachgebieten, Hilfe, Tipps und mehr...

SCHWARZES BRETT

ENFORCE TAC 2015 und IWA 2015

Vom 04.03.15 - 05.03.15 findet die ENFORCE TAC - Fachmesse für Polizeibedarf und Militärausrüstung in Nürnberg statt, direkt gefolgt von der IWA Outdoor Classics, hier liegt das Augenmerk auf... [\[mehr lesen\]](#)

Attraktive Angebote in unserer Rubrik PRODUKTE!!

Beachten Sie auch die attraktive Auswahl von Produkten für den polizeilichen und privaten Alltag. Einfach auf den Reiter PRODUKTE klicken und schon finden Sie eine Vielzahl an Hilfsmitteln für Ihre... [\[mehr lesen\]](#)

Newsletter - Anmelden und gewinnen!

Sie möchten über die neuesten Meldungen und Beiträge auf POLIZEIPRAXIS.DE informiert werden? Dann melden Sie sich noch heute für den Newsletter an! Unter allen Anmeldungen, die zwischen dem... [\[mehr lesen\]](#)

NEUE ARTIKEL

Body-Cam-Systeme im Vergleich

In den vergangenen Monaten hat die Zahl der versuchsweisen Ausstattung von Streifenpolizisten mit... [\[mehr lesen\]](#)

Tetra-Handfunkgerät TH9 von AIRBUS Defence & Space

Airbus Defence and Space stellte auf der PMRExpo 2014 in Köln sein neues Tetra-Handfunkgerät TH9 vor. Dank seiner vergrößerten Reichweite, hohen Sendeleistung, Bluetooth-Schnittstelle und... [\[mehr lesen\]](#)

PMRExpo 2014 Nachlese

Auch in diesem Jahr konnte die PMRExpo als Messe für Professionellen Mobilfunk und Leitstellen vom 25.11. - 27.11.2014 in Köln einen deutlichen Zuwachs an Besuchern und Ausstellern... [\[mehr lesen\]](#)

Schuhe für Profis

Im Job und in der Freizeit

HAX SHOP

NEWSLETTER ABONNIEREN

*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Alle Preise inkl. MwSt.

AUSSTATTUNG

Schritt zu mehr Sicherheit für die einschreitenden Polizeibeamten gesprochen wird, muss auch über die optische Erkennbarkeit der Einsatzfahrzeuge diskutiert werden. In vielen europäischen Staaten werden zusätzliche Rundum- beziehungsweise Blitzleuchten an verschiedenen Fahrzeugstellen verbaut, wodurch die Einsatzwagen besser erkennbar werden. Beispielsweise werden zivile Einsatzfahrzeuge mit zusätzlichen, teilweise innenliegenden Frontblitzern versehen, was ebenso häufig mit LED-Blitzern in Spiegeln oder Heckscheiben kombiniert wird. Heute sind zivile Einsatzfahrzeuge der Landespolizeien oft nur mit einem Aufsteckblaulicht versehen, was in der Realität zu starken Einschränkungen in der Erkennbarkeit dieser Fahrzeuge führt.

Auch zivile Funkmittel nutzen häufig Sonder- und Wegerecht, weshalb sie im Bedarfsfall gut erkennbar sein müssen. Dabei ist es besonders wichtig, dass die eingesetzte Technik unauffällig verbaut wird, um den zivilen Einsatzwert nicht zu gefährden. In diesem Sinne müssen sinnvolle technische Lösungen wie beispielsweise der Einbau in die Spiegel oder Sonnenblenden gefunden werden. Oft sind diese Lösungen bereits vorhanden, wie in vielen Provida-

Fahrzeugen (Proof Video Data System), deutlich wird. Eben diese Technologie muss in naher Zukunft auch für andere zivile Einsatzfahrzeuge verfügbar sein, denn den Einsatzfahrten mit Sonder- und Wegerecht liegt eine durchaus hohe Unfallgefahr inne.

Neue Technologien einführen – auch in Zukunft

Nur, weil das Yelp-Signal samt Flasher in vielen Bundesländern eingeführt wurde oder wird, darf die Diskussion und Betrachtung der Fahrzeugtechnik nicht einschlafen. Neue Bedienkonzepte von Sondersignal- und Funkanlagen, genauso wie die Ausstattung der Fahrzeuge selbst, müssen weiter auf den Bildschirmen der Entscheider bleiben, da durch den Fortschritt der Technik immer neue und potenziell bessere Lösungen verfügbar sein könnten. Ziel muss dabei sein, die Bedienung der Fahrzeugtechnik möglichst einfach zu lösen und Fahrzeuge zur Verfügung zu stellen, die den besonderen Anforderungen an den Polizeieinsatz Sorge tragen. Hohe Sicherheit muss dabei an erster Stelle stehen, ohne den Einsatzzweck aus den Augen zu verlieren. Beispielhaft sei der Einsatz von Fahrzeugen auf Bundesautobahnen

genannt. Selbige müssen durch die Einsatzbeamten dutzendfach pro Arbeitstag vom Standstreifen startend auf die Fließgeschwindigkeit beschleunigt werden, was hohe Motorleistung voraussetzt.

Individuelle Massenbeschaffung wünschenswert

Ein Fahrzeugtyp samt Ausstattung für jeden Einsatzzweck? Wohl kaum möglich, aber praktizierte Realität. In einigen Bundesländern ist die Tendenz erkennbar, dass nur ein Fahrzeugtyp für alle Einsatzzwecke zur Verfügung gestellt wird. Fraglich ist aber, ob die polizeiliche Realität eines auf der Autobahn eingesetzten Fahrzeugs, die gleichen Anforderungen an Fahrzeuge stellt, die im ländlichen, bergigen, kurven- und schneereichen Gebiet eingesetzt werden. Die Antwort: Nein.

Könnte Allradantrieb für letztgenannte Gebiete wünschenswert sein, verlangt der Einsatz auf der Autobahn hohe Motorleistung. Aus diesem Grunde müssen spezielle Anforderungen an die jeweiligen Fahrzeuge festgelegt und bei der Beschaffung umgesetzt werden. Dabei sollten regionale Besonderheiten berücksichtigt werden,

Reise & Erholung



wasser.craft
rafting canyoning osttal

Sommer Abenteuer bei uns
TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour
1x grillen am Lagerfeuer und
2 ÜF / Pension, DU-WC
Preis pro Person ab € 161
Ermäßigungen f. Polizeigruppen

office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at
Telefon: 0043 5252 6721

Ostseebad Prerow/Darss; Koll. vermietet
2-Zi.-FeWo. mit Balkon für 2-4 Pers., ab 39 €,
für Pol.-Angehörige 5% Rabatt auf den NP.
Telefon 01 51/55 59 62 59

Franken bei Bamberg, eigene Metzgerei.
Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl,
HP 5 Tage ab 155,- €, Gruppenangebote anfordern.
Tel. 0 95 35/2 41, www.zur-sonne-urlaub.de

Mittlerer Schwarzwald

Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos,
50-90 m², für 2-6 Pers., ab 40 €/Tag,
(Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unserem
Schwarzwaldtal viele interessante
Ausflugsmöglichkeiten (z. B. Europapark,
Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger
Wasserfälle) in nächster Umgebung
und **Natur pur**. Hausprospekt unter
Tel. 0 78 23/9 65 65, Fax 9 65 66
Machen Sie sich ein Bild unter
www.mittelschwarzwald.de
Sie werden begeistert sein!

TIROL: ISCHGL – SEE – Paznauntal „Wintertraum“

Romantisch, traumhaft gelegenes,
sehr gepflegtes 3-Sterne-Haus und eine
der besten und größten sowie
schneesichersten Schiregionen der Alpen
(bis ca. 2900 m Seehöhe u.
ca. 350 Pistenkilometer sowie garantierter
Schibetrieb von November-Mai)
lädt zum Verweilen ein.
„Top-Qualität zum sehr
günstigen Preis“

Info: Hotel Garni Bergwelt, A-6553 See 19
Fam. E. u. A. Walsler
Tel. 0043-5441-8397
E-Mail: bergwelt@aon.at
Homepage: www.bergwelt-see.at

Fehmarn/Ostsee
2-Raum-FeWo. für 4 Pers.,
am Südstrand,
50 m z. Promenade, Kabel-TV
Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
www.fehmarn4family.de

MAURITIUS, LUXUSANLAGE VON PRIVAT
Ab € 79,- p. P. / Tag / HP. 0 21 58-40 08 05
www.mauritius-traumvilla.de

TOSKANA WEINGUT FERIENWOHNUNGEN
www.beglueckende-toskana.de

Für Pol. Koll.
Fam.-Urlaub in Smaland
4 Pers. 425,- € p. W. inkl.
Smaland@hartge-mail.de

Bayerischer Wald, komf. FeWo** v. Kollegen**
ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax:
0 99 41/7118, **www.ferienwohnung-gammer.de**



Top Angebot

Action, Abenteuer - prickelnd anders

1x Rafting & Canyoning
1x Grillplatte & Foto CD
2x ÜF / Pension DU-WC
pro Person nur € 149,00

CANKICK **prickelnd anders**
www.cankick.at
info@cankick.at
Tel +43(0)5252 / 20038



AUSSTATTUNG

die aber nur durch die jeweiligen Dienststellen sachgerecht festgestellt werden können. Aus diesem Grunde muss den Kolleginnen und Kollegen vor Ort ein Mitspracherecht, womöglich im Rahmen von Budgetplanungen, eingeräumt werden. Dabei könnten verschiedene Fahrzeugkategorien definiert werden, aus denen die Dienststellen des jeweiligen Landes wählen könnten, woraufhin die Fahrzeuge zentral ausgeschrieben und beschafft werden. Wer in Zukunft meint, eine Fahrzeugvariante könnte jeden Einsatzzweck erfüllen, irt fahrlässig gewaltig.

Regelmäßiger Austausch

In vielen Bundesländern werden die Optionen regelmäßig diskutiert: kaufen oder leasen? In einigen Fällen ist eine der beiden Möglichkeiten günstiger, weshalb jene durch die Beschaffer favorisiert werden. Doch muss schon bei der Beschaffung der Austausch der Fahrzeuge angedacht und vor allem eingeplant sein. Ist eben dies bei den Leasing-Varianten Teil des Geschäftes, ist es es nicht zwangsläufig beim Kauf der Fahrzeuge. Allerdings sind die Vorteile eines regelmäßigen Austausches gewaltig. Einerseits steht beim regelmäßigen Austausch der Fahrzeuge alle zwei bis drei Jahre die neueste Sicherheitsausstattung zur Verfügung, wodurch das Verletzungsrisiko dank der fortschreitenden Sicherheitsentwicklung sinkt, andererseits entfällt das Ausfallrisiko alter Einsatzfahrzeuge. Dadurch steigt die Zuverlässigkeit und das Fuhrparkmanagement wird vereinfacht.

Einsatzfahrzeugen der Polizei liegt aufgrund ihres täglichen Einsatzes eine hohe Bedeutung inne. Der Fahrzeugausstattung muss auch in Zukunft regelmäßig kritisch betrachtet und den Anforderungen an das jeweilige Einsatzgebiet angepasst werden. Daran hapert es aktuell in vielen Bereichen, was schleunigst zu ändern ist. Nur Fahrzeuge, die an den jeweiligen Einsatzbereich angepasst wurden, gewährleisten die höchstmögliche Sicherheit für die eingesetzten Polizeibeamten. Aus diesem Grunde darf nicht an der Ausstattung und Planung der Fahrzeuge gespart werden, denn sonst wird direkt an der Sicherheit der einschreitenden Polizeibeamten gespart.



Foto: mzo

RANDNOTIZ: In den USA gehört das Yelp-Signal für Einheimische und Touristen wie die Cerealien zum amerikanischen Frühstück. Vor allem in den größeren Städten entkommt man diesem durchdringenden Geräusch kaum. Das US-typische Klanggemälde schwoll in den Abendstunden häufiger deutlich an, wie ich bei einem Aufenthalt in Georgias Metropole Atlanta Ende November erfuhr. Dass sich zudem noch über Stunden der Motorenlärm von Hubschraubern darunter mengte, blieb eine singuläre, aber doch interessante Ausnahme. Aufklärung darüber ergab ein eher zufälliges Gespräch mit Sergeant J. Longshore, Atlanta Police Department (APD) - Zone 5 - Downtown, der zum Zwecke einer kleinen Pause vor seiner Dienststelle weilte, als ich just einen APD-Streifenwagen fotografieren wollte.

Der vorabendliche Polizeieinsatz hatte sich im Laufe einer Demonstration gegen Polizeigewalt entwickelt. Den Hintergrund der sich zu diesem Zeitpunkt auch in anderen US-Großstädten formierenden Proteste bildeten unter anderem Vorfälle im US-Staat Missouri wie auch in New York, wo mutmaßliche Tatverdächtige afro-amerikanischer Herkunft während des Einsatzes von Polizeibeamten getötet wurden. Longshore unterstrich die Bereitschaft der amerikanischen Polizei, das Recht auf friedliche Demonstrationen zu schützen, berichtete aber von Gewaltbereiten, die aus der Deckung der Demonstranten heraus, Polizisten angegriffen hätten. Das kommt einem von zu Hause ja bekannt vor.

Mit einem stauenden Lächeln begleitete Longshore überdies die Information, dass in Deutschland fast 1.500 Polizisten – natürlich nur rein statistisch – nichts anderes machen, als für den friedlichen Ablauf von Fußball-Veranstaltungen zu sorgen. Nur in seltenen Fällen, so der APD-Sergeant, gäbe es mal eine, meist alkoholbedingte Prügelei zwischen einigen Fans zweier traditionell konkurrierender College-Teams.

Auch die Auskünfte von Master Patrolman Glenn A. Youngblood vom Jacksonville Sheriff's Office in Nord-Florida lenkten die Gedanken des Reisenden kurz in Richtung der weit entfernten Heimat zurück. Im lockeren Gespräch am Rande eines Einsatzes anlässlich einer weihnachtlichen Schiffsregatta auf dem Jacksonville durchquerenden St. Johns River wies er darauf hin, dass es für ihn und seine Kollegen zunehmend schwieriger wird, den Einsatzort zügig zu erreichen. Es werde halt gespart mittlerweile, und das betreffe nicht nur die Ausstattung und den Zustand der Streifenwagen, sondern eben auch das Personal. Nichtsdestotrotz vermittelte Youngblood den Eindruck eines seine Aufgabe mit Hingabe erfüllenden Menschen und verabschiedete sich von dem Reisenden wie von seiner Kollegin, die ihren Streifenwagen mit einem durchdringenden Yelp an einen anderen Kontrollpunkt bewegte. **mzo**

Anzeige



THOMAS BROCKHAUS

Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**. Inzahlungnahme möglich. % %

Informieren Sie sich! % %

Telefon: (02207) 76 77 % %

www.fahrzeugkauf.com

www.polizeifeste.de

Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick!



POLIZEILICHE FÜHRUNGSLEHRE

Begründung, Gestaltung, Perspektive

Von **Gerd Thielmann** und **Jürgen Weibler**.



1. Auflage 2014

Umfang: 224 Seiten

Format: 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 19,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0737-6

VDP e book

Format: ePub, Mobipocket

Preis: 14,99 € [D]



Polizeiarbeit ist Teamarbeit. Führung ist dabei der Schlüssel zum Erfolg. Aber wie sieht eine zeitgemäße Führung überhaupt aus – wirksam und akzeptiert?

Mit diesem Buch wird der notwendigen Weiterentwicklung der Polizeilichen Führungslehre konzeptionell eine strukturierte, schnörkellose Form gegeben. Auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und kombiniert mit den Erfahrungswerten der polizeilichen Praxis entwerfen die beiden Autoren ein übergreifendes Führungsverständnis. Im Kern steht ein aktuelles Polizeiliches Führungsmodell, das in seiner Umsetzung dem eigenen Führungshandeln Sicherheit und klare Orientierung gibt.

Dies wird auch durch die verständliche Auffächerung der Modellinhalte erreicht: Zunächst leitet ein Praxisfall thematisch ein, dann wird die besondere Bedeutung dieses Führungsaspektes aufgezeigt, danach der wissenschaftliche Stand ausgewählt erläutert und abschließend die Integration in die polizeiliche Führungspraxis anschaulich vollzogen.

DIE AUTOREN

Gerd Thielmann, Vizepräsident der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster/Westfalen.

Prof. Dr. Jürgen Weibler, ordentlicher Professor für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Personalführung und Organisation, an der FernUniversität in Hagen.



Gerd Thielmann



Jürgen Weibler



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseprobe und Bestellmöglichkeit unter: www.VDPolizei.de

„Jeder war sich der Einmaligkeit der Situation bewusst“

25 Jahre nach dem Mauerfall am 9. November 1989 formulieren 24 Autoren aus Ost und West, darunter Polizisten beziehungsweise deren Ausbilder aus Niedersachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen, ihre Erinnerungen. Viele schildern die Grenzöffnung, so Dietmar Hagedorn, Leiter des dortigen örtlichen Polizeiabschnitts, jene in Helmstedt. Als am 10. November eine vierspurige Fahrzeugkarawane auf die Grenzstadt zufuhr, kam in der Innenstadt der Verkehr fast zum Erliegen. Geschichte wurde erlebt: „Jeder war sich der Einmaligkeit der Situation bewusst.“ Wie in anderen Berichten auch bleibt ein „unerträglich beißender Gestank von den Abgasen der Zweitaktmotoren“ in Erinnerung.

Die persönliche Rückblende des Präsidenten des Bundeskriminalamtes (BKA) im Ruhestand, Heinrich Boge, ragt aus dem Kanon der Berichte etwas heraus. Er versuchte, den damaligen DDR-Innenminister Peter-Michael Diestel in polizeifachlichen und sicherheitspolitischen Fragen zu beraten. Bezeichnend für die komplizierte Beziehung dieser beiden Männer ist der von Diestel zum Abschied überreichte DDR-Verdienstorden und Boges Reaktion: Er legte darauf keinen Wert.

Meist doch eher unkompliziert gestalteten sich die in dem Zeitzeugen-Band niedergeschriebenen Erlebnisse zwischen West- und Ostpolizisten – nach den Erinnerungen von Polizistinnen wurde anscheinend nicht gefragt oder diese wollten sich nicht äußern. Schade, denn gerade die der neuen Bundesländer hätten einiges zu erzählen gehabt – so über ihre Arbeit vor und nach der Wende, über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, traditionelle Denkmuster oder Rollenstereotypen.

Eine der positiven Veränderungen der Wende ist sicherlich das Eröffnen der Möglichkeit, in einer Polizeigewerkschaft Mitglied werden zu können. Denn für die Angehörigen der „Schutz- und Sicherheitsorgane“ ruhte die Mitgliedschaft im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund seit 1948, woran der Brandenburger Andreas Bernig erinnert. Er fungierte als „Oberinstrukteur für Agitation und Propaganda“ bei der Potsdamer Volkspolizei. 1990 engagierte er sich in der „Koordierungsgruppe Gewerkschaftlicher Neubeginn“, als stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Volkspolizei und Vorsitzender des Polizei-



Erich Bünthe/Hans-Hermann Deter, Helmut Dohr, Volker Dowidat, Siegfried Schadwinkel, Ottokar Schulze (Redaktion): Mauerfall und Wendezeit. Zeitzeugnisse von Polizisten aus Ost und West. Hgg. vom Freundeskreis Braunschweiger Polizeigeschichte im Förderkreis der Polizeigeschichtlichen Sammlung Niedersachsen e.V. Cenze 2014, 271 Seiten, gebunden, zahlreiche Abbildungen, 19,90 Euro, ISBN 978-3-86037-571-6

Hauptpersonalrats im Brandenburger Innenministerium. 1994 wurde Bernig zum Verwaltungsbeamten im Polizeipräsidium Potsdam ernannt. Er blickt auf nordrhein-westfälische Berater zurück – von ihm als „Dimidos“ kritisiert, „also diejenigen, die dienstags kamen mittwochs arbeiteten und donnerstags wieder abfuhr.“

Gleichwohl gab es viele positive Erinnerungen an die ersten kollegialen Kontakte zwischen Ost und West: Nach der Grenzöffnung – die in zahlreichen Erinnerungsberichten ausführlich angesprochen wird – fuhr im Februar 1990 beispielsweise der Oberleutnant der Kriminalpolizei, Hans-Dieter Römer, mit einem Kollegen vom VPKA (Volkspolizeikreisamt) Magdeburg im privaten Trabi1 zur Polizeidirektion Braunschweig, um dort Kontakt mit der niedersächsischen Polizei aufzu-

nehmen. An einen Besuch in der entgegengesetzten Richtung erinnert sich Rolf Burmeister, Leiter Einsatz bei der Polizeiinspektion Lüchow: Er folgte einer Einladung des VPKA Osterburg und fuhr mit mehreren Kollegen zu einem Treffen, bei dem sie sich gemeinsam über ihre Tätigkeiten austauschten. Solche Begegnungen mit dem früheren „Klassenfeind“ werden gleich mehrfach beschrieben.

Zu den Polizeibeamten aus Niedersachsen, die beim Aufbau der rechtsstaatlich-demokratischen Polizei mithalfen, gehört Dietmar Gebel, der im September 1991 Leiter der Landespolizeischule Sachsen-Anhalt – ehemalige Offiziersschule der Polizei in der DDR – in Aschersleben wurde. Die Übernahme der Schulleitung gab den Bediensteten, die mit der Schließung der Schule gerechnet hatten, wieder Zuversicht. Heute existiert eine eigenständige Fachhochschule der Polizei. Gebel ist bis zum Ruhestand im Januar 2001 als Präsident der Polizeidirektion Halle/Saale in Sachsen-Anhalt aktiv geblieben.

Die Berichte aus unterschiedlichen Dienstbereichen schildern in anschaulicher Weise, oft auch dramatisch, individuelle Erfahrungen. Das reichhaltig bebilderte Geschichtsbuch wird durch ein Glossar ergänzt, in dem die Begriffe Deutsche Volkspolizei, Abschnittsbevollmächtigte, freiwillige Helfer der Volkspolizei, Staatssicherheitsdienst und Offiziere im besonderen Einsatz erklärt werden.

Kurt Schilde

TERMIN

Tausch und Sammlerbörse für Polizei- und Feuerwehr-Uniformteile

Wann?

Sonntag 29.3.2015 von 9 - 14 Uhr

Wo?

Polizeigästehaus, Ruppiner Chaussee 268, 13505 Berlin
(www.gaestehaus-der-polizei.de)

Fragen und Anmeldungen:

Andreas Skala:

g.a.skala@t-online.de



Polizeilichen Schutz der digitalen Sicherheit weiter stärken

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) unterstützt das Vorhaben der Bundesregierung, die Wirtschaft und insbesondere die Betreiber sogenannter kritischer Infrastrukturen erweiterte Pflichten zum Melden von sicherheitsrelevanten Vorfällen im Zusammenhang mit IT-Systemen aufzuerlegen. Damit entspricht die Politik weitgehend einer GdP-Forderung, nach der sicherheitsrelevante Fälle von gefährlicher Cyberkriminalität gemeldet werden müssen.

GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow: „Strafverfolgung und Ermittlungsverfahren sind Sache von Polizei und Staatsanwaltschaften. Für Delikte im Bereich der Cyberkriminalität oder Computersabotage darf es da keine Ausnahme geben.“ Es spreche unterdessen nichts dagegen, wenn die Polizei bei solchen mitunter arbeitsaufwändigen Ermittlungen mit privaten IT-Sicherheitsunternehmen kooperiert. Dass die Polizei aber mangels Technik und Know-how nur als Kunde von Fachfirmen in Erscheinung treten könne, müsse ausgeschlossen sein.

Mit dem Mitte Dezember in Berlin von Bundesinnenminister Thomas de

Maizière vorgestellten IT-Sicherheitsgesetz erhalte jedoch die sogenannte Vorratsdatenspeicherung offenbar eine „Beerdigung auf Zeit“, stellte Malchow mit Ernüchterung fest. So biete auch das IT-Sicherheitsgesetz künftig für die Polizei praktisch kaum eine Handhabe, bei schweren und schwersten Straftaten zur schnelleren Ermittlung der Täter auf gespeicherte Verbindungsdaten zurückgreifen zu können. Zudem sei ein neuer Vorstoß für ein Gesetz zur Verkehrsdatenspeicherung nach jetziger Koalitionskonstellation in den nächsten Jahren nicht realistisch.

Unterdessen appellierte der GdP-Vorsitzende an die politischen Verantwortlichen, die Polizei mit zeitgemäßer Technik, bestmöglicher Ausbildung und ausreichendem Personal im Kampf gegen die Cyberkriminalität zu stärken. Zudem müsse auch der Polizeidienst für externe Experten deutlich attraktiver gestaltet werden.

Malchow: „Wenn das Funktionieren unserer Gesellschaft immer stärker von der digitalen Gesundheit von Servern und Software abhängt, müssen eben auch die Schutzmechanismen hochgefahren werden. Dabei sind gleichermaßen entsprechende Investitionen des Staates wie auch das Vertrauen der Wirtschaft in die professionelle polizeiliche Aufklärung und Verfolgung von Cyber-Kriminellen unabdingbar.“

„Bei Glätte muss auch gestreut werden“

In der Berliner Bundespressekonferenz, wo de Maizière und der Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Michael Hange, sowohl den Bericht zur Lage der IT-Sicherheit in Deutschland sowie den vom Kabinett zuvor verabschiedeten Entwurf des IT-Sicherheitsgesetzes erläuterte, betonte der Innenminister die Chancen der digitalen Vernetzung, warnte jedoch ebenso vor deren Risiken. So würden jährlich zwei- bis dreitausend Cyber-Attacks auf die IT von Bundesbehörden registriert. Zudem sei das Entdeckungsrisiko für Entwickler von beispielsweise Schadsoftware noch gering.

Der BSI-Präsident beschrieb das Internet als „attraktiven Angriffsort“. Etwa jede 15. Website sei momentan mit einem Schadcode infiziert. Es sei auch recht einfach, sich dort entsprechendes „Werkzeug“ für zielgerichtete Cyber-Angriffe zu besorgen. „Einen Trojaner-Koffer bekommt man schon ab 300 US-Dollar“, sagte er. Problematisch sei, dass pro Jahr etwa 700 kritische Schwachstellen in neuer Software aufgespürt würden, und diese Zahl stagniere. Auch die DAX-Unternehmen bestätigten überdies den Anstieg von Angriffen aus dem Netz, sagte Hange. Besorgniserregend sei der virtuelle Transport von Schadsoftware über sogenannte Fernwartungssoftware. Man könne unterdessen davon ausgehen, dass das Internet überwiegend für kriminelle Machenschaften wie den Diebstahl von Identitäten und weniger für nachrichtendienstliche Maßnahmen benutzt werde.

De Maizière warb vor allem für das Ziel des neuen IT-Sicherheitsgesetzes, sogenannte Kritische Infrastrukturen besser zu schützen. Behörden der im weiteren Sinne staatlichen Daseinsvorsorge wie Energieunternehmen, Telefonie- und Internetanbieter, der öffentliche Nah- und Fernverkehr, das Gesundheitswesen, Wasserwerke, Nahrungsmittelhersteller oder Banken und Sparkassen, unterlägen Regeln, das Internet habe jedoch bisher nicht dazu-



Foto: mzo



IT-SICHERHEITSGESETZ

gehört. Da aber das Netz einen immer größeren Anteil am täglichen Leben jedes Einzelnen einnehme, sei jedoch ein immenser Vertrauensverlust zu befürchten, wenn das Internet mehr und mehr als gefährlich empfunden werde. „Mit dem IT-Sicherheitsgesetz gibt die Bundesregierung nun eine erste Antwort.“ Es werde für rund 2.000 Unternehmen verpflichtend sein, sicherheitsrelevante Störungen oder Angriffe, die den Betriebsablauf in Gefahr bringen, dem BSI zu melden. Dort werde analysiert und bewertet, um „vor die Lage zu kommen“. Im Gegenzug erhielten die Unternehmen wertvolle Empfehlungen über einen verbesserten IT-Schutz. Sofern Bundesbehörden im Fadenkreuz von Cyber-Angriffen stünden, erhalte das Bundeskriminalamt weiterreichende Befugnisse. „Mit diesem Gesetz sind wir europaweit Vorreiter in Sachen Schutz der IT-Sicherheit und leisten

insgesamt einen wesentlichen Beitrag zur Netzsicherheit.“

Der Minister forderte Unternehmen und Firmen auf, auch selbst stärker in die Sicherheit der IT zu investieren. Wer das vernachlässige, dem könne es später teuer zu stehen kommen. Künftig sei eine Schadensersatzforderung eines Kunden, der durch eine mit Schadsoftware manipulierte, also „verseuchte“ Webseite durchaus einen verheerenden Schaden erleiden könne, mehr als wahrscheinlich. So würden Anbieter von Online-Dienstleistungen nunmehr deutlich aufgefordert, zum Beispiel ihre Online-Shops „nach dem Stand der Technik“ zu sichern. Das Gesetz verbessere dadurch auch den Schutz für private Nutzer deutlich, sagte er. Prinzipiell aber werde nun all das, was an Gewerbe-Vorschriften und Kundenschutz außerhalb des Internets bereits längst existiere, auch auf Netz-

anbieter übertragen. De Maizière: „Wir verlangen vom Supermarkt auch, dass er, wenn es friert, streut.“

Die Vorlage des Gesetzentwurfs, so der Minister weiter, sei ein erstes konkretes Ergebnis in der Umsetzung der Digitalen Agenda der Bundesregierung. Zudem werde die Rolle des BSI weiter ausgebaut. Das IT-Sicherheitsgesetz trage seiner gewachsenen Bedeutung als zentrale Stelle für die IT-Sicherheit unter anderem durch eine Erweiterung seiner Beratungsfunktion Rechnung. Um die Sicherheit von IT-Produkten für Kunden transparenter zu machen, solle das BSI zudem die Befugnis erhalten, auf dem Markt befindliche IT-Produkte und IT-Systeme im Hinblick auf ihre IT-Sicherheit zu prüfen, zu bewerten und die Ergebnisse bei Bedarf zu veröffentlichen.

Michael Zielasko

Kapitalmarkt

■ **Beamtdarlehen ab 10.000 €-120.000 €**
■ Extra günstig vom Spezialisten
■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
■ Baufinanzierungen günstig bis 120%
0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 35 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit
3,95% effektiver Jahreszins
 5.000 € bis 50.000 €
 Laufzeit 48 bis 120 Monate
 Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 30.000 €, Lfz. 96 Monate, 3,95% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,88% p.a., Rate 365,- €, Gesamtkosten 34.928,25 €

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Fax: (0621) 173180-25
 Info@AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
 Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 €, effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 €, Sicherheit: Kein Grundschuldenantrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsicherung.

www.Autokredit.center www.AK-Finanz.de

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

credimax

Erfolg und Erfahrung seit über 23 Jahren!

Spezialdarlehen für Beamte und den Öffentlichen Dienst

- Kostenlose Bearbeitung
- Von 1.000 bis 120.000 €
- Auch bei schlechter Bonität
- Umschuldung – Raten bis zu 50% senken

Beamten Kredit

Kostenlos anfragen:
Tel: 033702 97 97 97
www.credimaxx.eu

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen
Forwarddarlehen, Ratenkredite
 Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.
 Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:
IFS Hans-Joachim Janke
 Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 0231/9 1451 45

!SOFORTKREDITE!

vermittelt
PECUNIA GmbH seit 1980
Tel. 0201/22 13 48
 Ablösung teurer Kredite u. Girokonten Kredite bis zum 80. Lebensjahr
 Ohne Auskunft bis 10.000 €.

45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Darlehen für: Beamte auf Lebenszeit/Probe • Angestellte • Pensionäre bis 58 Jahre • alle Tarifbeschäftigte im öffentl. Dienst

TOP-KONDITIONEN

www.beamtendarlehen-center.de
Kostenlose Sofortberatung: ☎ 0800-77 88 000

Finanzvermittlung Jürgen Jaeckel · Am Husalsberg 3 · 30900 Wedemark · Mail: jaeckel@beamtendarlehen-center.de

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtdarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendholt
 Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Weseke



schäftsführenden Bundesvorstandes, guten Beschlüssen und Diskussionen. Doch es war in meinen Augen auch ein Kongress mit einer vertanen Chance.

So kann man in der DP 12/14 den einen oder anderen Themenbereich wiederfinden, doch innergewerkschaftliche Anträge sucht man vergebens. Kein Wort über die so heiß diskutierte D 5 und D 6. Diese wurden von der Frauengruppe (Bund) und der JUNGE GRUPPE (Bund) gestellt und hatten dasselbe Anliegen: eine Mandatsvergabe auf dem Bundeskongress anteilig ihrer Mitgliedschaft. Es sprachen viele Männer für den Antrag der Kolleginnen und auch die JUNGE GRUPPE erhielt teils kräftige Unterstützung. Genützt hat es nichts. Es setzten sich wieder die Zauderer mit ihren alten Argumenten durch. Man(n) müsse dann den Kreisgruppenvorsitzenden zu Hause lassen oder es gäbe ja gar keine Kollegin, die an einem Mandat interessiert sei. Und die Jungen sollen noch warten, sie bekämen auch noch ihre Chance. Wir hören diese Argumente schon seit zwölf Jahren.

Ich möchte die Arbeit eines Kreisgruppenvorsitzenden ja nicht schmälern, aber sind die Kolleginnen, die in den Kreisgruppenvorständen mitarbeiten oder als Personalratsmitglied gewählt sind, weniger wert als ein Kreisgruppenvorsitzender? Haben die jungen Kolleginnen und Kollegen weniger Recht, die Gewerkschaftspolitik der nächsten Jahre mitzubestimmen? Zumal diese Generation mit den Beschlüssen unserer GdP leben wird. Da ist so mancher von den heutigen Funktionären schon in Pension.

Was ist denn so schlimm an dem Anliegen, eine angemessene Teilhabe zu fordern? Zumal Frauen und die Mitglieder der JUNGEN GRUPPE alle Sparten unserer GdP vertreten. Sie sind aus dem Tarifbereich, Beamtinnen oder Beamte, arbeiten in den Direktionen K, GE, V, ZA, Bereitschaftspolizei und so weiter. Genau wie alle männlichen Mitglieder auch.

Zum Schluss hat es nicht für die nötige Zweidrittel-Mehrheit gereicht. Da wurde Abstimmungsverhalten eingefordert und Kollegen, die für unsere Anträge gestimmt hatten, wurden mit tags am Buffet mal eben zurechtgewiesen. Auch an diesem Tag hörte ich es wieder: „Ein Hoch auf uns ...“

Martina Filla, stellvertretende Bundesfrauenvorsitzende, LB NRW

Zu: Belastungsgrenze bei der Polizei überschritten, DP 1/15

Diese ist nicht nur in Schleswig-Holstein erreicht beziehungsweise überschritten, auch in Niedersachsen – vor allem in vielen ländlichen Bereichen – kenne ich so manchen Kollegen, der mit Dauerermüdung, Dünnhäutigkeit, niedriger Reizbarkeitsschwelle als Folge von langjährigem Schichtdienst zu kämpfen hat und da beziehe ich mich selber mit ein. Ich möchte diese Schlagwörter sogar noch um den Begriff Ausgebranntheit ergänzen.

Damit hier kein falscher Eindruck entsteht: Ich persönlich habe über lange Jahre gern Schichtdienst versehen, insbesondere deshalb, weil der Zusammenhalt und das soziale Miteinander in meiner jeweiligen Dienstschrift unbezahlbare Voraussetzungen für eine hohe Berufszufriedenheit meinerseits waren beziehungsweise sind. Und das kann ich so für die letzten 20 Jahre und drei vollkommen unterschiedliche Dienststellen (Großstadt, Kreisstadt, Autobahn) unterschreiben.

Irgendwann jedoch signalisiert einem der eigene Organismus, dass selbiger gern wieder nach einem geregelten Biorhythmus funktionieren möchte, was im Wechselschichtdienst logischerweise nicht klappt. Diese Signale stellen sich mal nach 10 Jahren, mal erst nach 25 oder mehr Jahren ein, je nach persönlicher Disposition. Unterm Strich bleibt die Tatsache: Der Körper hat den Schichtdienst satt! Die Lösung ist – zumindest gedanklich – ziemlich einfach: Man lässt sich in den Tagesdienst versetzen! Hier tauchen nun plötzlich folgende Hürden vor einem auf:

1. Der Dienstherr hat im Laufe der Reformen in den letzten Jahrzehnten quasi alle Innendienststellen für Polizeibeamte geblockt und durch Angestellte besetzt. Diese Aussage möchte ich jetzt im Hinblick auf meine nicht-verbeamteten Kolleginnen und Kollegen bitte schön vollkommen wertfrei verstanden wissen!

2. Die Tätigkeit als Sachbearbeiter im KED/ZKD wird mittlerweile nicht mehr vergeben, sondern ausgeschrieben. Das bedeutet, dass nicht derjenige den Posten mit geregelter Arbeitszeit bekommt, der das bitter nötig hätte, sondern derjenige, der das Auswahlverfahren für sich entscheidet. Einen besonderen Kommentar hierzu erspare ich mir (und Euch!) an dieser Stelle.

3. Verstärkt ist in den letzten Jahren

zu beobachten, dass sogenannte Stabsstellen (Sachbearbeiter in den Dezernaten der PDen, Pressesprecher, nicht von nur zwei Beispielen zu nennen) nicht von altgedienten und erfahrenen Kollegen, sondern von Musterschülern aus der Polizeifachhochschule beziehungsweise Polizeiakademie besetzt werden (wertfrei! s.o.).

4. Schließlich hat der Dienstherr nun doch erkannt (nachdem man ihn in den letzten 20 Jahren mehrfach darauf hingewiesen hatte!), dass eine Vielzahl der von ihm eingestellten Kolleginnen Kinder bekommt und Erziehungsurlaub nimmt. Um das hier ein für alle Mal ganz deutlich zu machen: Das ist auch vollkommen in Ordnung! Nicht in Ordnung ist aber, dass der Dienstherr uns auf diesen Fehlstellen zusätzlich auch noch sitzen lässt und damit die personalplanerischen Möglichkeiten weiter beschneidet.

In den Tagesdienst zu kommen ist also gar nicht so leicht. Ein Patentrezept dafür habe ich leider auch nicht. Ich möchte aber ein paar einfache Maßnahmen vorschlagen, die den Schichtdienst für diejenigen, die ihn leisten, zumindest erträglicher machen könnten:

- deutliche Erhöhung der steuerfreien Zulagen für den „Dienst zu ungünstigen Zeiten“, vor allem für die Nachtdienstzeiten, da dies erfahrungsgemäß die belastesten Dienste sind; für ein ordentliches „Zubrot“ würden sicherlich vor allem die jüngeren Kolleginnen/Kollegen gern eine Nachtschicht mehr ableisten, die dann einem „Senior“ erspart bliebe,

- Möglichkeit, mehr als vier Schichtdienstzusatzurlaubstage zu erlangen,

- Abschaffung der Wechselschichtzulage (sagenhafte 51 Euro-und-ein-paar-Zerquatschte); spart Verwaltungsaufwand und unter der Voraussetzung der beiden vorgenannten Punkte würde das bedeuten, dass nur diejenigen die Zulagen und Zusatzurlaubstage bekommen, die auch tatsächlich die belastenden Dienste ableisten, Rosinensammler gehen leer aus,

- regelmäßige Auszeiten vom Schichtdienst, sei es durch Hospitationen, Kur- oder Reha-Maßnahmen, längerfristige Fortbildungen ... ,

- Unterlassung gewisser Sprüche ehemaliger Vizepolizeipräsidenten wie „... die Pillen sind ja auch besser geworden.“

**Andreas Vahl,
Autobahnpolizeikommissariat
Oldenburg**

>>> weiter auf Seite 35



forum kriminal- prävention



Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention



Buchtipps
Neues aus der Wissenschaft
Gewalt an Schulen
Jugenddelinquenz
Erziehung und Pädagogik
Kommunale Prävention
Einbruchsprävention
Sicherheitstechnik
Prävention in Europa
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –
forum kriminalprävention für nur

19,-€
jährlich,
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen Sie heute Ihr Abonnement **forum kriminalprävention** um besser informiert zu sein. Als Dankeschön für Ihre Bestellung erhalten Sie diese LED-Lampe für Ihren Schlüsselbund, die Sie auf jeden Fall behalten dürfen. Weitere Informationen über die Zeitschrift und die Stiftung erhalten Sie auf www.vdpolizei.de (auch online-Bestellungen)

Name, Vorname

Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer

Plz, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Datum, Ort

1. Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort

2. Unterschrift

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalenderjahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5 € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a • 40721 Hilden
Tel.: 0211/7104-188 • Fax: 0211/7104-4188



Sicherer leben

Das Präventionsportal **PolizeiDeinPartner.de** bietet allen Bürgern, Unternehmen, Institutionen und Behörden die Möglichkeit, sich online über einzelne Themenbereiche der kriminalpolizeilichen Prävention umfassend zu informieren.

Breit gefächerte Themengebiete, z. B.:

- Diebstahl und Betrug
- Gewalt und Missbrauch
- Internet und Mobilfunk
- Sicheres Gebäude
- Verkehrserziehung und -sicherheit
- Zivilcourage



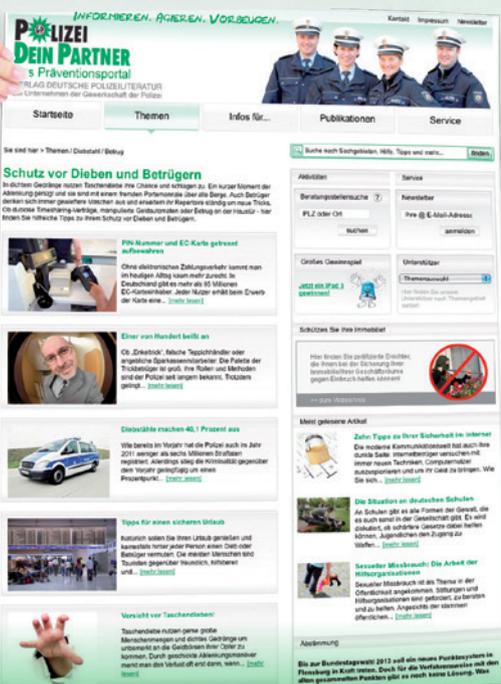
Umfangreicher Zusatz-Service:

- Viele nützliche Links und Downloads
- Monatlicher Newsletter
- Kriminalpolizeiliche Beratungsstellen
- Bußgeldrechner

Zielgruppenorientierte Gliederung:

- Autofahrer und ÖPNV-Nutzer
- Gewerbetreibende
- Kinder und Jugendliche
- Eltern, Lehrer und Erzieher
- Mieter und Eigentümer
- Urlauber

Und viele mehr.



www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

POLIZEI DEIN PARTNER

Das Präventionsportal

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



Forststraße 3a, 40721 Hilden

Telefon 0211/7104-0, Telefax 0211/7104-174

av@vdpolizei.de, www.vdpolizei.de

Zu: „Mythos und Fluch! Selbstoptimierung“, DP 1/15

Mit großem Interesse habe ich den Aufsatz zu lesen begonnen, um dann aber schnell feststellen zu müssen, dass der Inhalt irgendwie neben dem Überschrift-Thema abgehandelt wird. Ich fasse zusammen: Absolut unwissenschaftlich, dafür aber emotional und spekulativ durchsetzt. Dazu meine kurzgefasste Begründung: Der Begriff der „Selbstoptimierung“ wird vor allem in der Soziologie verwendet, und hier hauptsächlich im Zusammenhang mit dem Begriff „Produktivität“. Schon hier wird deutlich, dass damit auch die Ökonomie und die Politologie im Geschäft sind.

Zu beantworten wäre die Frage, welche Ursachen das Aufkommen und der Boom des Begriffs „Selbstoptimierung“ haben könnten. Um dann mit der Frage, welche Wirkungen eine „Selbstoptimierung“ beim Individuum, in der Gesellschaft und in der Wirtschaft auslöst, die Problematiken zu diskutieren.

Dass in Europa, und damit auch in Deutschland der Kapitalismus mit neoliberalen Dogmen herrscht, ist allgemein anerkannt. Dem daraus folgenden Zwang zum Wettbewerb ist auch das Denken und Handeln unterworfen worden. Wenn auch noch nicht vollständig umgesetzt, so soll doch jeder und alles zu einer handelbaren Ware gemacht werden, um mit ihr auf den Märkten Profite erzielen zu können: Der Zwang zur Selbstausbeutung.

Dass in dieser Situation die Produktivität eine zentrale Rolle spielt, weil sie letztlich im Konkurrenzkampf Marktmacht und – angeblich – Wirtschaftswachstum herstellt und den Standort sichert, kann jeder an den Ergebnissen der Hartz-Politik ablesen. Man kann es aber auch an den Zahlen der Krankenkassen erkennen, die Jahr für Jahr über die Steigerungen von psychisch bedingten Erkrankungen und daraus entstandenen Kosten berichten. Und aus dazu gefertigten wissenschaftlichen Analysen, zum Beispiel des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Uni Duisburg-Essen.

Dass die Autoren des Aufsatzes darauf mit keiner Silbe eingehen, lässt weder auf Fachkenntnis schließen,

noch auf eine Intention, diese beim Leser als Neugier herzustellen. Es kommt ihnen auch überhaupt nicht in den Sinn, über eine Bewusstseinsmodifikation eine Einstellungsänderung zu initiieren, die Arbeitnehmerinteressen in den Focus stellt. Auf der Seite der an Arbeitskraftausbeutung interessierten Arbeitgeber machen sie das „Herumdoktern“ an Symptomen zur heilsbringenden Medizin. Ein Meisterstück der herrschenden Kapitallogik!

Dem halte ich entgegen, dass eine an den Belastungen von Arbeitnehmern abgeleitete Forderung auf die gesellschaftspolitische, und hier besonders auf die gewerkschaftspolitische Tagesordnung gehört. Mit dem Ziel einer an Menschenwürde orientierten „guten Arbeit“.

Unsere Eltern und Urgroßeltern haben leidenschaftlich und mit viel Mut für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse gekämpft. Sie haben eine Sozialgesetzgebung erreicht, die wir nicht leichtfertig – wie mit dem

kritisierten Aufsatz geschehen – aufs Spiel setzen und der an Deregulierung interessierten Politik opfern sollten. Noch gibt es das dem Arbeitsrecht zugehörige Arbeitsschutzgesetz, das der ins Unermessliche betriebenen Produktivitätssteigerung per Selbstoptimierung und damit auch der Zunahme psychischer Erkrankungen Einhalt gebieten kann.

Anstatt mit billigsten Ratschlägen über Selbstauskünfte wie „Welche Überschrift soll mein Leben haben?“ den gewerkschaftlich engagierten Leser zu verblöden (das würde selbst in der Jugendzeitschrift „Bravo“ oder dem Pharmablatt „Apotheken Umschau“ keinen Platz finden) und ihm damit sowie „einem einfachen Trick“ vorzugaukeln, „wieder in den Gleichklang des Lebens kommen zu können“, hätten die Autoren mit einer Reflektion und Fortsetzung der humanistischen Aufklärung dem Thema Inhalt geben können.

Klaus Pedoth, Recklinghausen

POLIZEIGESCHICHTE

Anmerkungen zum Artikel „Zu zeigen, was eigentlich gewesen ist“

Nach dem Abdruck des 2013 in „Die Polizei“ erstmalig erschienenen Beitrages von Dr. Kurt Gintzel zur Nachkriegspolizei im Dezemberheft haben DEUTSCHE POLIZEI mehrere Reaktionen erreicht. Nachfolgend veröffentlicht die Redaktion den Standpunkt des Leiters des Forschungsprojekts der IMK zur Polizei des NS-Staates, Dr. Wolfgang Schulte, der an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster für den Bereich der Polizeigeschichte zuständig ist:

Auf den Artikel bin ich mehrfach angesprochen worden und war nach eigener Lektüre erstaunt und auch verärgert, sodass ich nach einigem Nachdenken – bei aller Wertschätzung für die Verdienste von Dr. Gintzel für die Entwicklung der deutschen Polizei vor allem in den 1970er- und 1980er-Jahren – zum Schluss gekommen bin, dies nicht unkommentiert stehen zu lassen. Ich beziehe mich bei den Anmerkungen auf den Originalbeitrag in „Die Polizei“ vom Oktober 2013.

Grundsätzlich geht es Gintzel um

eine Ergänzung der Forschungsergebnisse zur Nachkriegspolizei in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Er verweist zu diesem Zweck in seinen Ausführungen auf eigene und auf Zeitzeugenerinnerungen von 37 ehemaligen Polizeibeamten aus Niedersachsen, die 2013 veröffentlicht worden sind (Polizeigeschichte miterlebt, 2013). Dazu stellt er seinem Artikel fünf Thesen voran, von denen einige in ihrer apodiktischen Form grob irreführend sind und daher so nicht stehen bleiben können. Ich will



mich exemplarisch mit der zweiten und dritten These auseinandersetzen und da es nicht unwesentlich auch um wissenschaftlich korrektes Arbeiten geht, stelle ich die beiden Aussagen hier noch einmal als Originalzitate voran. Gintzel schrieb („Die Polizei“, 2013, H. 10, 299):

„2. Historiker stützen ihre Forschungsergebnisse in der Regel auf schriftliche Quellen. Sie schaffen damit neue Quellen, auf die sich dann andere berufen. Stützt sich die erste Quelle nur auf eine Vermutung, so wird im Laufe der Zeit der Inhalt der Ausgangsquelle nicht mehr in Frage gestellt und so zur Gewissheit. Zu einer solchen Gewissheit droht die Behauptung zu werden, ‚zwischen Judenmorden durch Polizeibataillone und der militärischen Ausbildung in der Polizeischule der Nachkriegszeit‘ gab es eine ungebrochene Kontinuität“.

„3. Die Geschichte der Nachkriegszeit wird vorwiegend von Hobbyhistorikern bearbeitet. Sie lassen entweder mit Fleiß weg, was nicht ins Bild passt, oder sie unterstellen, die Nachkriegspolizei habe an die institutionellen Strukturen des NS-Regimes angeknüpft. Von einer Behandlung des Themas, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügt, kann daher nicht die Rede sein.“ Neben diesen zwei Thesen wird es in einem dritten Schritt auch noch darum gehen, sich mit folgender Behauptung Gintzels auseinanderzusetzen („Die Polizei“, 2013, H. 10, 300): „Kein im Dienst verbliebener Beamter hatte die Möglichkeit, im Sinne der Nazi-Ideologie zu wirken. Belastete Beamte, die durch Beziehungen zu Nazi-Eliten Wiederverwendung fanden oder durch Täuschung im Dienst verblieben waren, wurden im Entnazifizierungsverfahren ermittelt und entlassen“. Alle drei Zitate enthalten Fußnoten, auf die dann bei der konkreten Beschäftigung einzugehen sein wird.

Zur ersten These: In der Tat stützen Historiker ihre Forschungen in aller Regel auf schriftliche Quellen wie Dokumente, Akten etc., aber darüber hinaus auch auf Artefakte und – wenn noch verfügbar – auf Zeitzeugen. Die Ergebnisse der Quellenarbeit in Form von Veröffentlichungen stellen nun aber entgegen der Darstellung Gintzels keine neuen Quellen dar, sondern werden als Fach- oder auch Sekundärliteratur bezeichnet. Wesentliches Element der wissenschaftlich korrekten Arbeit eines Historikers ist

die sorgfältige Quellenkritik. Dabei ist es wichtig, die Interessen transparent zu machen, die bei der Entstehung einer Quelle eine Rolle gespielt haben, sie untereinander in Beziehung zu setzen und so ein möglichst umfangreiches, multiperspektivisches Bild des zu erforschenden Gegenstandes zu erhalten. Die für wissenschaftliches Arbeiten konstitutive Verpflichtung, alle Belege vollständig zu dokumentieren, dient nicht zuletzt dazu, die eigenen Forschungsergebnisse durch den Verweis auf Quellen zu untermauern, für andere nachvollziehbar und vor allem überprüfbar zu machen. Die Überprüfung der Ausgangsquellen – und dafür ist das korrekte Zitieren die Voraussetzung – hat genau den Zweck, zu verhindern, dass einer vom anderen abschreibt und so – wie bei der „stillen Post“ – die Ausgangsquellen sehr schnell verfälscht werden. Insbesondere ist korrektes Zitieren aber vonnöten, um zu überprüfen, ob Zitate entgegen den Intentionen des Originalautors verwendet, aus dem Zusammenhang gerissen, verkürzt oder gar sinnentstellend übernommen und somit verfälscht werden. Auch lassen sich so die Relevanz einer Aussage und damit auch ihre Verallgemeinerungsfähigkeit überprüfen.

Wenn Gintzel in seiner These die Behauptung aufstellt, dass in den Forschungsergebnissen der aktuellen Polizeigeschichtsforschung ein Zusammenhang zwischen Judenmorden durch Polizeibataillone und der Ausbildung in den Polizeischulen der Nachkriegszeit konstruiert werde, dann ist das die Fortsetzung einer unseligen Kampagne, mit der im Sommer 2011 niedersächsische Pensionäre die Ausstellung „Ordnung und Vernichtung“ der DHPol und des Deutschen Historischen Museums in Berlin kritisiert haben. Eine derartige Behauptung (Fortsetzung der NS-Polizeipraxis in den 1950er-Jahren) wird weder in der aktuellen Polizeigeschichtsforschung seit 1990, noch in der angesprochenen Ausstellung oder einer der damit verbundenen Veröffentlichungen aufgestellt; nicht zuletzt auch deshalb, weil die Forschungsergebnisse weder eine inhaltlich/ideologische, rechtliche oder strukturelle Kontinuität zwischen der NS-Polizei und den Polizeien der jungen Bundesrepublik hergeben. Mit der Kritik Gintzels wird damals wie heute ein Popanz aufgebaut, auf den eingeschlagen wird, um damit weitere Forschungsergebnisse wie die unab-

weisbaren personellen Kontinuitäten zu diskreditieren oder zumindest zu relativieren.

Dem Verfasser ist aus den letzten 25 Jahren keine deutschsprachige Veröffentlichung bekannt, in der eine Kontinuität der NS-Polizeipraxis behauptet wird. Und so lässt sich auch in den Ausstellungen der DHPol zur Polizei des NS-Staates keine Aussage in dieser Richtung finden. In dem offensichtlich erfolglosen Bemühen, diese Unterstellungen zu korrigieren, die bereits in der Leserbrief-Kampagne niedersächsischer Pensionäre im Sommer 2011 eine zentrale Rolle spielten, schrieb Andreas Mix, einer der Kuratoren der Ausstellung „Ordnung und Vernichtung ...“: „Die hohe personelle Kontinuität zwischen der Polizei des NS-Staates und der Polizei der Bundesrepublik bedeutete jedoch nicht eine Kontinuität der Polizeipraxis“ (DP 6/11, Seite 21).

Mit der penetranten Empörung über Dinge, die von der aktuellen Polizeigeschichtsforschung gar nicht behauptet werden, soll offensichtlich von den unrühmlichen personellen NS-Kontinuitäten in den Polizeien der jungen Bundesrepublik abgelenkt werden. Denn die Liste mit ehemaligen NS-Polizisten, die in den 1950er-Jahren und später in zum Teil einflussreichen Positionen in den Ländern und beim BKA/BGS Polizeidienst leisteten, lässt sich beliebig füllen. Ob Walter Zirpins in Hannover, Paul Werner in Stuttgart, Paul Dickopf in Wiesbaden, Waldemar Krause in Flensburg oder Georg Heuser in Rheinland-Pfalz, usw. usw., um nur einige wenige exemplarisch zu nennen, überall waren die (west-)deutschen Polizeien mit ehemaligen NS-Polizisten durchsetzt. Die hier von Gintzel („Die Polizei“, 2013, H. 10, 300) aufgestellte Behauptung eines personellen Neuanfangs ist eine weit verbreitete Legende in der Polizei, mit der von den umfangreichen personellen Kontinuitäten abgelenkt werden soll(te). Gintzel selber spricht in einem auf Video vorliegenden Zeitzeugeninterview aufgenommen in der Villa ten Hompel davon, dass die sogenannten „131er“ (also NS-Polizisten, die Anfang der 1950er-Jahre mit dem Durchführungsgesetz zum Art. 131 GG einen Rechtsanspruch auf Wiedereinstellung hatten) vorzugsweise in der Ausbildung eingesetzt worden sind.

So auch Wilhelm Schell, 1950er-Jahren zeigte, wes Geistes Kind sie weiterhin waren. Schell, vor 1945 Angehöriger eines Polizeibataillons und auch als



Verfasser diversen Schrifttums über die besonderen Aufgaben der Polizei in der „nationalsozialistischen Volksgemeinschaft“ hervorgetreten (Schell 1942), war in der Nachkriegszeit unter anderem Polizeifachlehrer im niedersächsischen Hannoversch-Münden. Mitte der 50er-Jahre beschreibt er in einer Semesterarbeit am damaligen Polizei-Institut in Hilstrup den „Bandenkampf als polizeiliche Aufgabe“ und legt damit eine verharmlosend-zynische Beschreibung der aktiven Beteiligung der Polizei am NS-Völkermord vor (Schell 1956). Aber auch hier sei deutlich gesagt: auch wenn diese Arbeit durchaus Bezug zur polizeilichen Ausbildung hatte, so hatte sie dennoch keinerlei erkennbare inhaltliche Auswirkung auf die konkrete Ausgestaltung der polizeilichen Grundausbildung der niedersächsischen Polizei, denn die fand zu dieser Zeit durchweg – wie in anderen Länderpolizeien auch – nach dem militärisch geprägten Weimarer Vorbild statt. Zusammenfassend kann zur These Gintzels gesagt werden: In der aktuellen Polizeigeschichtsforschung wird keine Fortsetzung der NS-Polizeipraxis in den Nachkriegspolizeien der Bundesrepublik festgestellt; insofern kritisiert Gintzel hier eine Behauptung, die gar nicht aufgestellt wird, stellt aber dafür an anderer Stelle (auf die noch einzugehen sein wird) die unabweisbaren personellen Kontinuitäten in Frage.

Mit seiner dritten These knüpft Gintzel an seine eigenwillige Beschreibung der historischen Quellenarbeit (siehe oben) an: „3. Die Geschichte der Nachkriegszeit wird vorwiegend von Hobbyhistorikern bearbeitet. Sie lassen entweder mit Fleiß weg, was nicht ins Bild passt, oder sie unterstellen, die Nachkriegspolizei habe an die institutionellen Strukturen des NS-Regimes angeknüpft. Von einer Behandlung des Themas, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügt, kann daher nicht die Rede sein.“

Und schon wieder wird der Popanz präsentiert, in den Forschungsergebnissen der Polizeigeschichte werde ein Zusammenhang zwischen der Nachkriegspolizei und den institutionellen Strukturen des NS-Regimes hergestellt. Aber das ist nach Gintzel dann ja auch nicht weiter verwunderlich, denn die Geschichte der Nachkriegspolizei wird ja nur von „Hobbyhistorikern“ bearbeitet (s. o.). Als Beleg wird Reinhard Scholzen („Die Polizei“, 2010, H.10, 299-302) angeführt, der allerdings in seinem Aufsatz über das schwierige

Thema der Erforschung der Polizeigeschichte die Hobbyhistoriker in den ersten Jahren und Jahrzehnten nach 1945 verortet. Der aktuellen Polizeigeschichtsforschung attestiert Scholzen – ausgehend von den Untersuchungen Brownings in den frühen 90er-Jahren – einen wissenschaftlichen Standards genügenden Umgang mit den historischen Fakten (Scholzen, Die Polizei 2010, 301). Scholzen schreibt über die Abwesenheit der universitären Forschung im Forschungsfeld Polizeigeschichte in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik und führt dazu aus: „Vielleicht übernahmen aus diesen Gründen zunächst nahezu ausnahmslos Hobbyhistoriker das Schreiben der Polizeigeschichte. Diese gaben sich nicht selten alle Mühe, mit Fleiß das wegzulassen, was – aus welchen Gründen auch immer – nicht in ihr positives Bild des Polizisten, des Freundes und Helfers, passte.“ (Scholzen, „Die Polizei“, 2010, 301)

Dieses Zitat als Beleg für die ganz allgemeine und damit auch für die letzten 25 Jahre geltende Behauptung zu nehmen, dass die Geschichte der Nachkriegspolizei vorwiegend von Hobbyhistorikern betrieben wird, die mit Fleiß weglassen, was nicht ins Bild passt, diskreditiert die wissenschaftliche redliche Aufarbeitung der Polizeigeschichte der letzten Jahre und fällt auf Gintzel selbst zurück. Er reißt hier ein Zitat sinnentstellend aus dem Zusammenhang, verwendet es gegen die ursprünglich Intention (Hobbyhistoriker erforschen in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik die Polizeigeschichte) und begeht damit all die Fehler, die er der akademischen Zunft in der vorangegangenen These unterstellt hat.

Die Grenzen der Erkenntnisse von Zeitzeugen werden dann noch einmal in der folgenden Aussage von Gintzel deutlich („Die Polizei“, 2013, H. 10, 300):

„Kein im Dienst verbliebener Beamter hatte die Möglichkeit, im Sinne der Nazi-Ideologie zu wirken. Belastete Beamte, die durch Beziehungen zu Nazi-Eliten Wiederverwendung fanden oder durch Täuschung im Dienst verblieben waren, wurden im Entnazifizierungsverfahren ermittelt und entlassen.“

Die Aussage des ersten Satzes beinhaltet nun wiederum jene unsägliche Unterstellung, die von keinem ernstzunehmenden Polizeihistoriker aufgestellt wird. In Kombination mit

dem Pronomen „kein“ wird dann die nachfolgende Aussage zu der apodiktischen Behauptung, dass „belastete Beamte“ unisono durch das Entnazifizierungsverfahren ermittelt und anschließend entlassen worden wären. Als Beleg führt Gintzel erneut die Zeitzeugenberichte der Veröffentlichung der niedersächsischen Pensionäre an (Wehrhahn, Polizeigeschichte miterlebt, S. 44 und Winzenburg, S. 65). Ersterer berichtet in seinen Erinnerungen über die Entlassung zweier Schulleiter und ehemaliger Wehrmachtsoffiziere durch die britische Besatzungsmacht; Winzenburg spricht ganz allgemein über ehemalige Wehrmachtsoffiziere in der Polizeiausbildung. Diese beiden Erinnerungen von Pensionären als verallgemeinerungsfähige Aussage und Beleg für eine funktionierende Entnazifizierung zu nehmen, mit der „belastete Beamte“ generell in Entnazifizierungsverfahren ermittelt und entlassen worden seien, ist geradezu hanebüchen. Sicherlich mögen Zeitzeugen nach Entnazifizierungsverfahren die immer wieder vorkommenden Entlassungen von ehemaligen NS-Polizisten selbst miterlebt haben. Die gab es und das bestreitet auch niemand. Aber für jeden entlassenen NS-Polizisten gab es eine Vielzahl von im Dienst verbliebenen Nazi-Polizisten, die noch Ende der 40er-Jahre oder als so genannte „131er“ in den Polizeien der jungen Bundesrepublik untergekommen waren und dort in aller Regel bis zu ihrer Pensionierung in den 1950er-, 1960er- oder auch erst 1970er-Jahren verblieben. Angesichts der Forschungsergebnisse zu den (gescheiterten) Entnazifizierungsverfahren, angesichts der großen personellen Kontinuitäten von NS-Polizisten im Polizeibereich nach 1945, wird an dieser Stelle einmal mehr der Unterschied zwischen Geschichten (von Zeitzeugen) und Geschichte, zwischen Hobbyhistorikern und Historikern deutlich.

Literatur:

Polizeigeschichte miterlebt (2013): Braunschweig: Freundeskreis Braunschweiger Polizeigeschichte.

Schell, Wilhelm (1942): Aufgaben und Tätigkeiten der Polizei: ein Helfer für den Unterricht und die Praxis / von [Wilhelm] Schell. - 3. Aufl.

Schell, Wilhelm (1956): Der Bandenkampf als polizeiliche Aufgabe, Polizei-Institut Hilstrup



An die eigene Nase gefasst: Unsere GdP – unsere Funktionäre – unsere freiwillig Engagierten

Im Landesteil Bayern der September-Ausgabe DEUTSCHE POLIZEI schrieb ich mir meinen Frust über die Institution Polizei von der Seele. Dieser Mal versuche ich Euch ein paar Gedanken über unsere GdP und ihre Funktionäre näher zu bringen – in sanften Tönen.

Seit fast 50 Jahren bin ich GdP-Mitglied, habe mich für meine Gewerkschaft eingesetzt und in den verschiedensten Funktionen mitgearbeitet. Ohne Geld, aber nicht umsonst. Denn ohne Ehrenamt ist kein Staat mehr zu machen. Im Klartext: Ohne Ehrenamtliche ist die Gemeinschaft nicht lebensfähig. Freiwillige Ämter und Dienste sind keine überlebten Werte, sondern tragende Pfeiler menschlichen Zusammenlebens. Aber manchmal fragt man sich schon, warum man das alles tut, wenn man in den seltensten Fällen für seinen Einsatz mit viel Zeitaufwand ein Dankeschön erhält. Deshalb wird es immer schwieriger, Menschen zu finden, die ein Ehrenamt übernehmen wollen. Da heißt es dann: „Willst du froh und glücklich leben, lass kein Ehrenamt dir geben!“ Oder: „Soll der Kopf dir nicht mehr brummen, gib die Ämter anderen Dummen!“

Es geht nicht ums Verdienen, sondern nur ums Dienen. Ich habe mir auch gedacht, ab meinem 60. Lebensjahr erfülle ich mir nur noch Wünsche und lasse mir keine Knechtschaft mehr auferlegen. Aber – schwuppdiwupp – war ich in den GdP-Seniorenvorstand gewählt worden. Und es macht Spaß, wenn man sich eingearbeitet hat. Obwohl unsere Arbeit nicht in die Berechnung des Bruttosozialprodukts eingeht, gehören wir zu den Leistungsträgern unserer Zeit. Wir kämpfen mit voller Kraft gegen den Werteverfall und die soziale Kälte.

Die Nachwuchssorgen in unseren Gewerkschaften betreffen nicht nur die Jungen, sondern auch den Nachwuchs für die Spitzengremien, also die Vorstände. Die Bereitschaft zu langjähriger, ehrenamtlicher Tätigkeit nimmt vielerorts ab. Verantwortlich dafür ist meines Erachtens eine Mischung

aus widrigen Rahmenbedingungen, hoher Belastung und mangelnder Solidarität. Es ist aber auch nicht einfach, neben Arbeit und Familie ein Gewerkschaftsamt zu übernehmen (Sitzungen, sonstige Veranstaltungen, Mitgliederbetreuung). Die Erwartungshaltung ist größer geworden, die Anforderungen sind gestiegen, das Freizeitverhalten hat sich verändert. Wir müssen unsere Gewerkschaftsarbeit an die heutige Lebenswirklichkeit anpassen. Wir freiwillig Engagierten brauchen Freiräume für eigene Ideen. Bürokratie (Satzungen, Leitlinien, Richtlinien ...) muss reduziert werden. Und alle Mitglieder, nicht nur die Funktionäre, sollten sich vornehmen, bei jeder Gelegenheit über ihre GdP und die Zugehörigkeit zu ihr zu reden. Wir müssen diese Arbeit mit Respekt und Feinfühligkeit erledigen. Es muss gelingen, die positiven Merkmale des gewerkschaftlichen Lebens den Kolleginnen und Kollegen überzeugend zu vermitteln. Die Arbeit, die wir leisten, ist Arbeit für unsere Kolleginnen und Kollegen in der Gewerkschaft und für die Gewerkschaft. Wenn es schlimm kommt, dürfen wir uns kein schlechtes Gewissen einreden lassen, sondern müssen unsere Meinung ohne Umwege vertreten.

Ich möchte in unserer Seniorengruppe einen Stil aufbauen und pflegen, mit dem ich mich in meinem Amt wohlfühlen kann – auf die Mitglieder zugehen, Zeit haben für Gespräche, sie ermutigen und stärken für die Gewerkschaftsarbeit, denn sie ist nicht nur Fun, sondern Knochenarbeit mit Tiefgang, Fingerspitzengefühl und Einfühlungsvermögen. Interesse an der Tätigkeit, Engagement, Teamgeist, Offenheit und ein bisschen Anstand sowie gutes Benehmen sind nur einige Charakterstärken. Und daran fehlt es manchen GdP-Funktionären ganz offensichtlich. Ohne diese Vorausset-

zungen würde jede Motivationsmaßnahme schnell an ihre Grenzen stoßen. Als Funktionäre haben wir Vorstellungen, wie wir führen – die Mitglieder haben jedoch eigene Erwartungen, wie sie geführt werden wollen und die es zu erfüllen gilt. Wir müssen ständig darüber nachdenken, wie wir unsere Mitglieder bei der Stange halten, zu mehr Mitarbeit anspornen und neue Mitglieder gewinnen können.

In unserer GdP sollte eine Kultur herrschen, die das Zusammengehörigkeitsgefühl stärkt und zu soliden Leistungen anspornt. Das Mitdenken und Mithandeln wird so gefördert. Mit rechtzeitigen Informationen entziehen wir der Gerüchteküche den Nährboden. Information ist ein äußerst wertvoller Rohstoff unserer Zeit. Der Funktionär bräuchte eigentlich eine solide und fortlaufende Schulung für eine hohe fachliche Kompetenz und für Professionalität und um zu lernen, Probleme zu erkennen, zu bewerten und realisierbare Lösungen finden. Gewerkschaftsarbeit muss immer als Dienst an den Mitgliedern gesehen werden und keinesfalls als Basteln an der eigenen Karriere. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass sich Egoismus (Maßstab ist nur das, was ich für richtig halte) und Materialismus (Geld ist alles) ausbreiten und damit alle Lebensbereiche erfassen würde. Wer als erfolgreich gelten will, muss immer strahlen und gesund sein. Mindestens nach außen hin. So ist sie eben, unsere Welt.

Gewerkschaftsarbeit ist eigentlich Hochleistungssport, der vollen Einsatz fordert. Dazu braucht man aber ein abgefedertes Privatleben, um sich gewerkschaftlich auszutoben. Der Erfolg einer Gewerkschaft wird maßgeblich von der Leistungsbereitschaft aller Mitglieder, auch der Ruheständler, bestimmt. Das offene, vertrauensvolle Gespräch baut Spannungen ab und fördert das gute Klima. Gewerkschaftler sind meistens ganz normale Menschen mit Stärken und Schwächen. Wenn einer versagt, rechtfertigt das nicht die Pauschalverurteilung aller. Lasst uns in diesem Sinne die Gewerkschaftsarbeit gemeinsam anpacken – ob jung oder alt –, um das Beste für unsere Kolleginnen und Kollegen heraus zu holen – Probleme gibt es wahrlich genug.

Günter Klinger,
Landesseniorenvorsitzender
GdP-Bayern



Senioren in der GdP: Unterrepräsentiert – Nachlese zum Bundeskongress

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, in unserer Satzung ist geregelt, dass auf eine anteilige Repräsentation der Seniorengruppe bei der Zusammensetzung der ordentlichen Delegierten für den Bundeskongress geachtet werden soll. Beim 25. im November in Berlin wurde aus Sicht des Bundesseiniorenvorstandes jedoch nicht in allen Landesbezirken und Bezirken dieser Regelung entsprochen.

Unter den 253 ordentlichen Delegierten waren nur 20 Seniorenvertreter. Das entspricht einem Anteil von 7,9 Prozent der Delegierten. Bei einem Seniorenanteil von 17,7 Prozent der Mitglieder (Stand: Juni 2014) in unserer GdP ist dies als dürrtig zu bezeichnen. Der Bundesseiniorenvorstand kann mit einer solch geringen Anzahl von Seniorenvertreterinnen und -vertretern an den ordentlichen Delegierten im Verhältnis zum Mitgliederanteil nicht einverstanden sein.

Über die Zusammensetzung des Bundeskongresses entscheiden die Landesbezirke und die Bezirke Bundeskriminalamt und Bundespolizei in eigener Zuständigkeit. Diese hatten die Satzungsregelung der anteiligen Repräsentation von Seniorenvertretern unterschiedlich ausgelegt. Die folgende Aufstellung zeigt die Anzahl von ordentlichen Delegierten am Bundeskongress, den Anteil von Seniorenvertretern (tatsächlich und in Prozent) sowie den Anteil von Seniorinnen und Senioren an den Mitgliedern (in Prozent) in den Landesbezirken und Bezirken:



Alle auf dem GdP-Bundeskongress anwesenden Senioren; 20 davon waren ordentliche Delegierte. Noch im Bild Jörg Radek, Stellvertretender Bundesvorsitzender und bisher im Geschäftsführenden Bundesvorstand zuständig für die Seniorengruppe (kniend); Bundesvorsitzender Oliver Malchow (stehend dahinter); Winfried Wahlig, Bundesseiniorenvorsitzender (erste Reihe 3. von rechts), und Gewerkschaftssekretär Horst Müller, in der Bundesgewerkschaftsstelle zuständig für die Seniorengruppe (7. von rechts)
Foto: GdP/Immel

Die Landesbezirke Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Thüringen hatten keinen Seniorenvertreter unter ihren Delegierten. Hier wurde der Satzungsauftrag nicht beachtet. Die geringe Anzahl von De-

legierten für die Landesbezirke kann nicht als Entschuldigung herangezogen werden. Auch dann kann man Seniorinnen und Senioren berücksichtigen wie die Landesbezirke Hamburg, Saarland und Sachsen-Anhalt sowie der Bezirk Bundeskriminalamt zeigten. Bei den Landesbezirken Berlin, Brandenburg, Rheinland-Pfalz und Sachsen kann von einem ausgewogenen Verhältnis gesprochen werden. Die Landesbezirke Bayern, Niedersachsen und

der Bezirk Bundespolizei müssen zum nächsten Kongress ihren Anteil von Seniorenvertretern stärker an der Mitgliederzahl ihrer Seniorinnen und Senioren orientieren. Hier ist bei der anteiligen Repräsentation von Seniorenvertretern weiterer Handlungsbedarf. Bei den Landesbezirken Hessen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg kann man von einer anteiligen Repräsentation nicht sprechen – zum Anteil von Seniorinnen und Senioren in den einzelnen Landesbezirken besteht ein deutliches Missverhältnis. Diese Landesbezirke müssen zum nächsten Bundeskongress dieser Thematik mehr Beachtung schenken.

Es muss in den Landesbezirken und Bezirken die Erkenntnis greifen, dass viele Seniorinnen und Senioren sich aktiv in die Gewerkschaftsarbeit einbringen möchten. Ich wiederhole meinen Aufruf vom Bundeskongress an alle Landesbezirke und Bezirke: „Lasst eure Seniorinnen und Senioren an der Gewerkschaftsarbeit aktiv teilhaben“.

**Winfried Wahlig,
Bundesseiniorenvorsitzender**

Landesbezirk/Bezirk	Delegierte	Seniorenvertreter	Anteil Mitglieder *
Baden-Württemberg	17	1 (5,8 %)	18,9 %
Bayern	22	2 (9,0 %)	18,7 %
Berlin	20	3 (15,0 %)	23,5 %
Bremen	4	0 (0,0 %)	21,6 %
Bundeskriminalamt	4	1 (25,0 %)	19,7 %
Bundespolizei	31	1 (3,2 %)	7,6 %
Hamburg	5	1 (20,0 %)	32,3 %
Hessen	17	1 (5,8 %)	19,8 %
Niedersachsen	21	2 (9,5 %)	17,8 %
Nordrhein-Westfalen	55	3 (5,4 %)	19,5 %
Rheinland-Pfalz	11	1 (9,0 %)	14,1 %
Saarland	4	1 (25,0 %)	20,8 %
Schleswig-Holstein	7	0 (0,0 %)	20,2 %
Brandenburg	10	1 (10,0 %)	13,9 %
Mecklenburg-Vorpommern	4	0 (0,0 %)	12,1 %
Sachsen	10	1 (10,0 %)	15,2 %
Sachsen-Anhalt	6	1 (16,6 %)	21,8 %
Thüringen	5	0 (0,0 %)	16,5 %

*Stand: Juni 2014

SENIOREN



Bundesseniorenenreise 2014 auf der Insel Kreta

Der GdP-Reiseservice hatte zu einer Bundesseniorenenreise nach Kreta eingeladen. Es ging zum Fernziel nach Anissaras /Chersonissos, Griechenland. Unser Hotel trägt den wohlklingenden Namen AKS Annabelle Beach (Resort), das Klima war zum Zeitpunkt der Reise vom 26. September bis 10. Oktober erträglich.

Unser Hotel liegt unweit von Heraklion an der dortigen felsigen Küste in einer rauen Wildnis mit unzähligen Olivenbäumen. Hotels und Wohnhäuser heben sich durch ihre weiße Farbe wie Kleckse im Grünen ab. Das Meer mit seinem Farbton gibt die Romantik dazu. In der Zeit von Internet und Apps kann jeder, fast jeder, das Hotel und die Umgebung auf dem Bildschirm ansehen. Die Hamburger Kollegen und die Kollegen aus den norddeutschen Gefilden trafen sich am ersten Reisetag schon zur Abflugzeit um 6.50 Uhr am Hamburger Flughafen. Für einige war es mit Strapazen verbunden. Das heißt zwei Stunden zuvor schon anwesend sein.

Beim Check-In traf Mann/Frau sich. Man kannte sich. Das Hallo war groß. Die, die sich noch nicht kannten, er-

kannten sich an den bekannten GdP-Merkmalen.

Der Flieger startete pünktlich und nach circa drei Stunden empfing uns in Heraklion die kretische Sonne. Es ging mit einem Reisebus anschließend zu unserem Hotel, das rund 25 Kilometer östlich von Heraklion lag. Wir wurden in sehr schönen Zimmern mit Terrasse oder Balkon untergebracht. Nun konnte der Urlaub richtig losgehen.

Nach der Einweisung im hoteleigenen „Freilufttheater“ durch die GdP-Reiseleitung startete jedermann für sich durch. In unserer Anlage befanden sich Pools, ein eigener Strand mit Schwimmmeister, eine Taverne und ein Strandcafé. Animatoren sorgten für Abwechslung, damit der Körper nicht einrostete. Wer wollte, konnte den verschiedenen angebotenen Aktivitäten nachgehen wie Gymnastik oder Yoga! Wer das nicht wollte, traf sich mit Kollegen in der Taverne oder an der Strandbar. Bei hochgeistigen Getränken oder Unterhaltungen wurde viel „besprochen“. Unsere GdP-Funktionäre hielten interessante Vorträge, aber nur für willige Zuhörer. Sprechstunden wurden angeboten.

Neugierige Besucher konnten Reisen in den westlichen Teil oder den östlichen Teil der Insel vor Ort buchen. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichte man die Städte Heraklion oder Agios Nikolaos mühelos. Das Leben und Treiben ist anders als Hamburg, München oder Frankfurt. Die Städte Chania und Rethymno sind Sehenswürdigkeiten der besonderen Art. Der benachbarte Orient grüßt.

Unser Ort hatte weder ein Zentrum mit Einkaufsmeile, Supermarkt oder Kneipen und Szeneviertel. Manch einer vermisste seine heimatliche Gewohnheit. Auch ohne diese Gewohnheiten hatten alle entspannte und erlebnisreiche Tage, die schnell zu Ende gingen. Jeder nutzte die Erkundung der Umgebung aber auf seine Art.

Für einen guten Ablauf und die Betreuung sorgten sich während der Reise die GdP-„Hüter“ Jörg Radek, Klaus Peter Leiste, Horst Müller, Eva Humberg, Heinrich Senkowski, Peter Hugo, und Lutz Rohahn – jeder hilfreich auf seine Art.

Zwei Seniorenkollegen brauchten Hilfe und die bekamen sie in der 1. Klasse. Einer musste uns vorzeitig verlassen und ohne die GdP-Hilfe wäre es wohl nicht so gut gelungen. Danke für den „Selbsteinsatz“. Wo buche ich schon derartigen Service mit? Rundum gesagt: Toller Urlaub, nette Kollegen und vorzügliche griechische Gastgeber.

Bis dann und wiedersehen auf Rhodos 2015.

Eberhard Sussiek, Neu Wulmstorf



Deutsche
Polizei

Nr. 2 • 64. Jahrgang 2015 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und
Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO
zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der
Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0
Fax: (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/
Pressestelle**

Chefredakteur/Pressesprecher: Rüdiger Holecek (hol)
CvD: Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,
10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117
Fax: (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
**Ein Unternehmen der Gewerkschaft
der Polizei**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdp.polizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015



Druckauflage dieser Ausgabe:
178.306 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

Titel

Foto: canstockphoto

Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld



FAHRERLAUBNISRECHT

Leitfaden für Studium und Praxis

Von **Bernd Huppertz**.



5. Auflage 2015

Umfang: 568 Seiten

Format: DIN A 5, Broschur

Preis: 29,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0746-8

Der Autor behandelt in diesem Buch umfassend die fahrerlaubnisrechtlichen Bestimmungen. In insgesamt 60 Kapiteln werden alle Fahrerlaubnisklassen und alle Fahrzeugklassen, einschließlich z.B. der Quads, Trikes, eScooter, motorisierten Kickboards, Touristikbahnen und Minisattelzüge bis hin zu Krankenfahrstühlen, einer genaueren Betrachtung zugeführt.

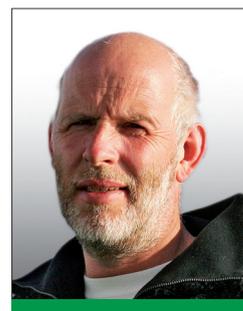
Die jeweiligen Fahrerlaubnisklassen werden von der Klasseneinteilung über die Besitzstandswahrung bis zu den fahrerlaubnisrechtlichen Bestimmungen im Zusammenhang mit dem internationalen Straßenverkehr komplett dargestellt. Besondere Kapitel zum ausländischen, insbesondere EU-Fahrerlaubnisrecht (einschließlich des Führerscheintourismus) runden das Buch ab.

Erscheinungstermin: März 2015



DER AUTOR

Bernd Huppertz, Polizeihauptkommissar, unterrichtet seit 1994 als Lehrbeauftragter sowie von 2002 bis 2006 und seit 2008 als hauptamtlicher Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW in Köln das Fach Verkehrssicherheitsarbeit.



Bernd Huppertz



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

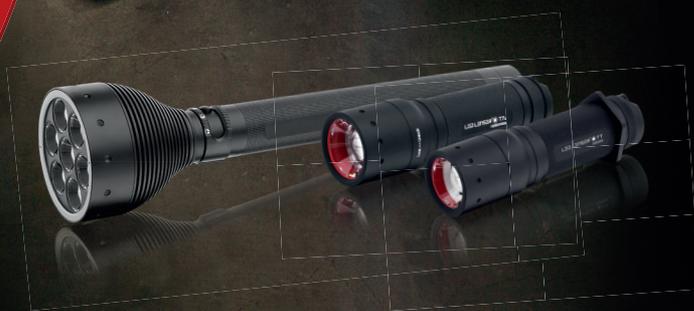
Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.VDPolizei.de



EXTREM DIENSTLICHT

Im Einsatz ist auch die Dunkelheit Ihr Gegner. Lampen von LED LENSER® verlängern das Tageslicht und sind in bestimmten Situationen sogar besser als Tageslicht. So bringen Sie mehr Licht ins Dunkel! **LED LENSER®. DAS LICHT.**

www.ledlenser.com



LED LENSER® 